

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonntagen und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergepaltene Zeitung oder deren Raum 15 Pf., für die zweipaltige 10 Pf., für die einpaltige 5 Pf., answärtige Anzeigen 20 Pf. Zusätze für die nächste Nummer mit 10 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 172.

Freitag, den 26. Juli 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Scharfmacher und Diäten.

L. V. Es muß doch etwas daran sein, daß in den Kreisen der Reichsregierung eine einflussreiche Strömung besteht, die bereit ist, der Bewilligung von Diäten für die Reichstagsabgeordneten zuzustimmen. Anders kann man sich den geradezu fanatischen Eifer nicht erklären, mit dem die Organe der Scharfmacher, voran das Blatt des Herrn Krupp, tagtäglich nachzuweisen sich bemühen, daß die Gewährung von Diäten einfach „unmöglich“ sei. Zum lauffendsten Male könnte man fragen, warum denn gerade beim deutschen Reichstag „unmöglich“ sein soll, was beim preussischen Abgeordnetenhause und bei Dutzenden von anderen Parlamenten inner- und außerhalb des Reiches möglich ist. Mit den Scharfmachern darüber zu rechten, ist allerdings überflüssig. Wenn wir dennoch auf die Sache eingehend prädicieren, so geschieht es nur, weil wir auch unseren Spieß in den Streit tragen wollen, der sich darüber entsponnen hat, ob die Diätenfrage in Zusammenhang steht mit den Bündnisverträgen, auf denen die deutsche Reichsverfassung beruht. Die Scharfmacher haben sich die Sache sehr einfach zurechtgelegt. Die deutschen Fürsten, so sagen sie, haben bei den Bündnisverträgen vorgesehene Ausdehnung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf das ganze Reich nur unter der Bedingung zugestimmt, daß demselben die Diätenlosigkeit als „Korrektiv“ beigegeben werde. Sie sollte das allgemeine Wahlrecht dahin „forrigieren“, daß nur „unabhängige“ Männer und keine „Verfassungsparlamentarier“ gewählt werden könnten; mit anderen Worten: Die Ausübung eines Reichstagsmandats sollte ein Privilegium der Könige sein.

Das „Korrektiv“ hat bekanntlich nach allen Richtungen hin verjagt und hat das früher nur ab und zu anstreichende Uebel der Beschlunsfähigkeit bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Die Erkenntnis, daß Diäten notwendig sind, hat sich in den weitesten Kreisen Bahn gebrochen. Es sind nur einige industrielle Emporkömmlinge und einige reichbegüterte Junker, welche mit der aus ihrer sozialen Lage entspringenden Prophanität die Phrase vom „Ehrenamt“ wiederholen; die meisten der Konservativen haben sicher nur widerwillig und aus Haß gegen die Linke sich gegen Diäten erklärt. Aber die Scharfmacherblätter behaupten nun, nachdem die deutschen Fürsten seiner Zeit nur unter dem Vorhalt der Diätenlosigkeit dem allgemeinen Wahlrecht zugestimmt hätten, sei man auf „ewig“ an die Diätenlosigkeit gebunden, und es müßten daher aus „Staatsrechtlichen“ Gründen alle Anträge auf Bewilligung von Diäten von vornherein abgelehnt werden.

Ein größerer Unfuss ist noch nie behauptet worden, so lange man über Verfassungen und deren Rechtsgültigkeit diskutirt. Man hat den Gegnern des allgemeinen Wahlrechts seiner Zeit das „Korrektiv“ in Gestalt des Paragraphen der Reichsverfassung zugestanden, der besagt, daß die Mitglieder des Reichstags keine Entschädigung erhalten, aber dieser Paragraph kann eben so gut abgeändert werden, wie jeder andere Paragraph der Verfassung, sobald Bundesrath und Reichstag übereinstimmen. Nirgends ist eine Ausnahmebestimmung für diesen Paragraphen vorhanden, wenn man nicht, wie die journalistischen Leibknappen des Herrn Krupp, aus der Abneigung ihres Herrn und Gebieters gegen Diäten ein besonderes Verfassungsrecht herleiten will. Glücklicherweise ist aber nur ein kleiner Theil der Deutschen abhängig von diesem „Kanonenkönig“, der es wie die amerikanischen Willkürherrscher treiben und unsere politische Entwicklung mit dem Gewicht seines Geldsackes niederdrücken und hemmen will.

Da natürlich die „Autorität“ des Herrn Krupp und seines journalistischen Trofkes nicht ausreicht, um andere von der „Ewigkeit“ des Diätenparagraphen in der Reichsverfassung zu überzeugen, so ruft man das Zeugniß des todtten Bismarck an. Der todtte Bismarck hat für die Scharfmacherpresse den Vorzug, daß man ihm unterschreiben und in den Mund legen kann, was man will; es ist ihm nicht mehr gut möglich, gegen falsche Unterstellungen Einspruch zu erheben. Wir müssen da gleich von vornherein erklären, daß wir uns den Tausel drum scheren, was Bismarck über Diäten gesagt hat; wir haben seiner Zeit die Reichsverfassung ihres Inhaltes wegen bekämpft, aber sie ist nun einmal so da, wie sie ist, und darum halten wir uns an die wenigen Rechte, die dem Volke darin zugestanden sind. Das Recht, die Verfassung zu ändern, ist gewiß sehr verflümmert; der Reichstag ist an die Zustimmung der Regierungen gebunden und das Recht der Verfassungsänderung kann sehr leicht in reaktionärem Sinne ausgeübt werden. Aber Niemand kann dies Recht für einzelne Paragraphen der Verfassung aufheben.

Die Berufung auf Bismarck ist ohnehin nicht die geschickteste. Was der Mann auch hinterher als „alte Raketenliste“ über die Bündnisverträge geschwätzt hat und was

auch an Schwähungen gegen die „Verfassungsparlamentarier“ aus dem Sachsenwald herauscholl — mit übergroßem Respekt vor den Verfassungen ist Bismarck, der „Revolutionär von oben“, niemals behaftet gewesen, noch weniger mit Respekt vor einzelnen Bestimmungen derselben. Hat er doch im Jahre 1866 drei Verfassungen aus der Welt geschafft, ohne sich im Geringsten darum zu kümmern, wie weit diese Verfassungen „rechtsgültig“ waren! Und wie oft hat er selbst Verfassungsänderungen beantragt! Er hat doch auch der Verfassungsänderung, die die Legislaturperiode für den Reichstag von drei auf fünf Jahre verlängerte, seine Zustimmung gegeben! Wenn er nachmals oft heftig gegen das allgemeine Wahlrecht losfuhr, so lag das an der großen Enttäuschung, die er mit diesem Zugeständnis erlebt hatte; er glaubte mit seiner Gewalt und mit seiner Meisterhaftigkeit in den demagogischen Künsten das Volk nach seinem Willen lenken zu können, und mühte sich dem Kulturkampf und mit dem Sozialistengesetz Niederlagen erleben. Er war den Resultaten des allgemeinen Wahlrechts gegenüber allerdings genau so mißgefallen, wie die Stamm und Krupp — allein was beweist das bezüglich der Rechtsgültigkeit einer Verfassungsbestimmung?

Die Scharfmacher sind begreiflicherweise immer noch ergrimmt über die Entscheidung, mit der der Reichstag die Fuchshausvorlage in den Papierkorb versenkt hat, und sie hätten begreiflicherweise alle Politiker, die sich von ihnen nicht beeinflussen lassen. Das gehört so zur großkapitalistischen Namahung. Sie können nur Leute brauchen, wie etwa den Dr. Wenner, der in Duisburg kandidirt, der direkt in den Diensten und im Brod der rheinischen Scharfmacherguppe steht, der alle Herzenswünsche seiner Vorgesetzten zu erfüllen verpflichtet und der dann mit allem rhetorischen Schwung, der ihm zu Gebote steht, betont, er sei ein unabhängiger Mann. So ist es den Herren recht, die den Mann angestellt haben, und darum ist auch Herr Wenner gegen Diäten.

Mit der Einführung der Diäten würden sich die volkshämlichen Elemente im Reichstag vermehren und die reaktionären Pläne der Scharfmacher hätten immer weniger Aussicht auf Erfolg. Daher der ganze Lärm.

Wir registriren das Ganze nur wieder als einen Beitrag zur Charakteristik des industriellen Großkapitalismus, das immer noch in der Hoffnung lebt, seine Vormundschaft auf das ganze politische und soziale Leben unseres Volkes erstrecken zu können. Der Gegenstoß der großen sozialen Bewegung unserer Zeit wird jene Elemente jederzeit unanft daran erinnern, daß auch ihre Wanne nicht in den Himmel wachsen.

Bericht

über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion.

14. November 1900 bis 15. Mai 1901.

Berichterstatter: Emanuel Wurm.

(Fortsetzung.)

Der Kolonialetat.

Die deutschen Schutzgebiete bedecken einen Flächenraum von 2,7 Mill. Quadratmeter, der also fünfmal so groß ist als der des deutschen Reiches. Die Stärke der Schutztruppen beträgt 812 Offiziere und Unteroffiziere und 2544 Mann nebst 2870 Farbigen. Ausfälle waren in den Schutzgebieten 5234 Weiße, darunter 3611 Deutsche. Im Etat für 1901 betragen

die Einnahmen und Ausgaben	der Reichszuschuß
für das afrikanische Schutzgebiet	8 491 000 Mk. 5 259 000 Mk.
„ Kamerun	5 775 800 „ 2 179 800 „
„ Togo	1 448 000 „ 884 000 „
„ das südwestafrikanische Schutzgebiet	10 451 600 „ 9 102 600 „
„ Neu-Guinea	809 700 „ 709 700 „
„ die Karoliner, Palauinseln und Marianen	311 500 „ 286 500 „
„ Samoa	266 000 „ 146 000 „
„ Kiautschou	11 060 000 „ 10 750 000 „
	36 603 800 Mk. 29 317 600 Mk.

Die Schutzgebiete decken also ihre Ausgaben nur zu ein Fünftel aus eigenen Erträgen (Zöllen und Steuern); vier Fünftel werden durch Zuschüsse des Reiches aufgebracht, also aus den Taschen der deutschen Steuerzahler und zwar hauptsächlich infolge des indirekten Besteuerungssystems, aus der Tasche der arbeitenden Bevölkerung.

Wem aber kommt der Kolonialbesitz zu Gute? Der Werth der Gesamt-Einfuhr aus den Schutzgebieten betrug 5 Millionen Mk., der Werth der Gesamt-Ausfuhr nach den Schutzgebieten 15,8 Millionen Mk., der Gesamt-Umsatz also 20,8 Millionen Mk.! Und um diesen Umsatz zu erzielen ist ein Reichszuschuß von 36,6 Millionen Mk. jährlich erforderlich! Wenn ein Privatkaufmann bei einem Geschäft mehr Speise hat, als der Umsatz beträgt, wird er sich heilen, dieses ihn ruinirende Geschäft aufzugeben; die deutschen Kolonialschwärmer dagegen wünschen, das Reich möchte noch immer mehr Schutzgebiete besetzen! Dabei ist auch für die Zukunft an eine bedeutende Entwicklung des Handels mit den Schutzgebieten oder eine wesentliche Steigerung der Ertragsfähigkeit derselben

nicht zu denken; die Einfuhr besteht ja hauptsächlich aus Waaren für die vom Mutterlande ernährten Beamten und Soldaten! Die Ausfuhr von Eisenbahn- und Maschinenbau ist im letzten Jahrzehnt um 75 pSt. gesunken! Nur einzelne Großkapitalisten, die als Schiffsbauer oder Plantagenbesitzer an den Schutzgebieten interessiert sind, haben einen Vortheil von den Kolonien.

Zu den direkt auf Konto der Schutzgebiete geschriebenen Unkosten kommen aber noch diejenigen Ausgaben für Flotte und Verwaltung hinaus, welche durch den Besitz der Schutzgebiete dem Reiche erwachsen und die nicht inabträglich sind. Wird doch gerade der Vorschlag dieser „werthvollen“ Schutzgebiete als Vorwand benutzt, um die stets steigende der Flottenausgaben zu rechtfertigen! Außerdem birgt der Kolonialbesitz die Gefahr in sich, daß das Reich in steigende Verwickelungen hineingezogen wird. Der chinesische Kolonialkrieg hat bewiesen, wohin die angeblich so friedlich und freiwillig zugehandene „Bachtung“ von Kiautschou führt! Das vergossene Blut und die fast 300 Millionen Mk. Unkosten sind der Kolonialpolitik anzulasten.

Unsere Fraktion hat aus all diesen Gründen wie stets gegen den Kolonialetat gestimmt und bei den Debatten die Mißstände, die sich bei der Verwaltung zeigen, energig bekämpft. In Ostafrika bot die noch immer dort bestehende Haus-Flaverei unserer Fraktion Anlaß, den Antrag zu stellen, daß dem Reichstage baldigst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch welche die in den deutschen Schutzgebieten von Hausflavoren geborenen Kinder als Freie anerkannt werden. Er wurde gegen unsere Stimmen abgelehnt und eine Resolution des Zentrums-Abgeordneten Eröber angenommen, der Reichstagsler möge eine allgemeine Verordnung erlassen, die bezüglich der in deutschen Schutzgebieten unter den Eingeborenen bestehenden Hausflaverei vorkreißt: Unterhalt und Pflege des Hausflavoren, an bestimmten Tagen für sich selbst zu arbeiten, Verbot schwerer Mißhandlung des Flavoren, Entschädigung für den selben durch Arbeit binnen bestimmter Zeit oder durch Zahlung einer gewissen Geldsumme die Freiheit zu erwerben.

Was nur erkaufen kann sich der Flave die Freiheit; ein Recht auf dieselbe besteht ihm das fromme Zentrum nicht zu!

Unsere Fraktion erklärte sich auch gegen die von der Regierung beantragte Uebernahme einer Garantie des Reiches in Bezug auf eine Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro.

Die Reichs-Einnahmen und Reichs-Schulden.

Unter den Einnahmen des Reiches, die beim Etat im Einzelnen aufgeführt sind, stehen an erster Stelle die Zölle und Verbrauchssteuern. Im Etat für 1901 sind sie folgendermaßen veranschlagt:

Zölle	478 978 000 Mk.
Tabaksteuer	11 960 000 „
Judensteuer	111 380 000 „
Salzsteuer	48 943 000 „
Branntweinsteuer:	
Malzköthlich- und Brennmaterialsteuer	18 087 000 Mk.
Verbrauchsabgabe u. Zuschlag zu derselben	109 768 000 „ 127 855 000 „
Brausteuer und Uebergangsabgabe an Bier	31 186 000 „
Aberia (Abfirungen der außerhalb der Zollgrenze liegenden Reichsgebiete)	78 850 „
Zusammen:	810 530 850 Mk.

Diese Zölle und Verbrauchsabgaben sind indirekte Steuern, die auf die ärmeren Bevölkerungsschichten weit schwerer drücken, wie auf die reicheren. Namentlich, seit 1878 Bismarck die Schutzpolitik einführte, der sich die Liebesgabenpolitik angeschlossen, sind diese indirekten Steuern Jahr für Jahr noch weit über das Maß der Bevölkerungszunahme hinaus gestiegen. 1881 betragen die Nettoeinnahmen 353,8 Mill. Mk., 1891: 641,2 Mill. Mk., 1901 sind sie mit 810,5 Mill. Mk. veranschlagt, so daß auf den Kopf der Bevölkerung entfielen: im Jahre 1881 etwa 8 Mk., im Jahre 1891 bereits 12 Mk. und im Jahre 1901 gegen 14,5 Mk., mithin kommt jetzt auf eine Familie von durchschnittlich 5 Köpfen jährlich 72 1/2 Mk. indirekte Steuern. Zu den Netto-Einnahmen kommen noch 63 Millionen Mark Erhebungskosten und 37 Millionen Mark Ausfuhrprämien für Zucker, zusammen also 100 Millionen Mark, die ebenfalls von den deutschen Konsumenten gezahlt werden müssen.

Im Jahre 1900 betragen die wichtigsten Zollerträge in

Mil. Mark:					
Getreide	131,6	Käse	3,0	Poppen	8,9
Wein	5,4	Butter	2,6	Wein	17,8
Mehl	3,2	Schmalz	12,5	Obst	3,4
Fleisch	8,5	Speiseöle	2,4	Petroleum	70,9
Rinder, Schafe	2,7	Kakao	6,6	Werde	2,1
Schweine	0,3	Kaffee	64,5	Baumwollwaren	8,8
Gerlinge	3,0	Thee	2,9	Wollwaren	4,8
Wier	2,8	Gemirze	4,2	Seidenwaren	3,9

Unsere Fraktion hat bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, wie in Folge dieser indirekten Besteuerung es hauptsächlich die armen und arbeitenden Massen sind, die die Einnahmen des Reiches zusammenbringen müssen, da sie ja an Kopzahl die kleine Schaar der Wohlhabenden und Reichen um mehr als das Achtfache übersteigen. Wir forderten, daß diese indirekte Besteuerung durch eine direkte

abgelöst werde, die um so höher ansteige, je größer Einkommen, Vermögen und Erbschaft betragen. Von einer solchen progressiven direkten Besteuerung wollen aber die Vertreter der besitzenden Klassen nichts wissen, da sie keine Last haben, ihren Militärs- und Flottenalltag vorwiegend aus der eigenen Tasche zu bezahlen, sondern vielmehr diese Ausgaben mit Hilfe der indirekten Besteuerung auf die Arbeiter abwälzen wollen.

Trotz der enormen Steigerung der Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern haben diese aber nicht mit den namentlich für Meer und Flotte verwendeten Ausgaben Schritt gehalten, so daß Jahr für Jahr neue Anleihen aufgenommen wurden und die Schuldenlast des Reichs in einer früher kaum geahnten Weise stieg.

Die Reichsschulden betragen 1880: 887,5 Millionen Mark, 1890: 1241 Millionen Mark, 1900: 2418,5 Millionen Mark, mithin sind sie in 20 Jahren um mehr als das Sechsfache gestiegen!

Die Zinsen der Reichsschuld betragen 1881: 11,2 Millionen Mark, 1891: 55,8 Millionen Mark und für 1901 sind sie mit 88,5 Millionen Mark in den Etat eingeseht, also mit fast der achtfachen Höhe, die sie vor 20 Jahren hatten. Insgesamt sind, seitdem 1876 die erste Anleihe aufgenommen wurde, bis zum 31. März 1901 mehr als 1000 Millionen Mark Zinsen für die Reichsschulden ausgegeben worden!

Bei den Debatten wurde die Frage der 1903 abzuschließenden Handelsverträge wiederholt erörtert und dem rücksichtslosen Vorgehen der Agrarier von uns energisch entgegengetreten.

Graf Bülow suchte den im Lande sich gegen die Kornzollerhöhung erhebenden Sturm zu beschwichtigen, indem er sagte, er erfolge mit der Tarifierhöhung keine finanziellen Pläne. „Wenn die Mehreinnahmen aus den Zöllen beträchtlicher sein würden, würde ich vorschlagen, solche Mehreinnahmen, speziell aus den Zöllen auf Lebensmittel, im wesentlichen zu verwenden zur Hebung der Wohlfahrtseinrichtungen im Reiche und zum Besten der weniger günstig gestellten Klassen der Bevölkerung.“

In derselben Weise bemüht sich auch das Zentrum seinen Arbeiterwählern vorzugucken, daß durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise eine Witterungs- und Missernteverwaltung geschaffen werden solle. Das wäre aber eine theure Versicherungsprämie, die da die Arbeiterklasse zu zahlen hätte! Eine Erhöhung der Lebensmittelpreise führt doch nicht nur zur Preissteigerung der eingeführten Produkte, sondern auch zu der durch den Zoll geschützten inländischen derselben Art. Nun heuert aber die Einfuhr abzüglich der Ausfuhr im Jahre 1900 für Roggen 817 000 Tonnen, für Weizen 1 Million Tonnen, insgesamt 1,8 Millionen Tonnen, während der Verbrauch in Roggen 8,0, in Weizen 5,0, insgesamt 13 Millionen Tonnen betrug, also das Siebenfache der Einfuhr. Demgemäß bringt auch nur ein Siebentel des Verbrauchs bei der Erhöhung der Getreidezölle eine Mehreinnahme, während sechs Siebentel derselben zu Gunsten der Agrarier vertheuert sind, so daß die Mehreinnahmen des Volkes in deren Tasche fließen. Die Zolleinnahmen für Roggen und Weizen betragen im Jahre 1900 etwa 75 Millionen Mark, bei einem Zollsaße von 3,50 Mark. Würde dieser, wie es die Agrarier wollen, verdoppelt und dann gemäß der Bülow'schen Erklärung diese Mehreinnahme zu Gunsten der Arbeiter verwendet, so ständen 75 Millionen Mark zur Verfügung, während die Gesamtvertheuerung des Verbrauchs das Siebenfache, also 525 Millionen Mark betragen würde! Davon hätten die minder bemittelten Schichten der Bevölkerung, die sich ihr Brod kaufen müssen, reichlich 350 Millionen Mark zu tragen, würden also jede zu ihren Gunsten verwendete Mark mit etwa fünf Mark bezahlen müssen!

Außerdem aber ist bei der schlechten Finanzlage des Reichs und den unersättlichen Ansprüchen des Militarismus gar nicht daran zu denken, daß die Mehreinnahmen der Zollkassen der minder wohlhabenden Bevölkerung zuliegen würden. Dieselben leeren Verprechungen wie jetzt Graf Bülow, hat 1878 bereits Fürst Bismarck gemacht, als er den Schutzzolltarif einführte. In seinem berühmten Weihnachtsbrief von 1878, in dem er sein Schutzzollprogramm entwickelte, erklärte er, daß der Zolltarif nicht Mehreinnahmen des Reichs bezwecke, sondern nur Mittel abgeben solle, die Steuerlast zu erleichtern, die Last zu umzulegen, daß sie von den Schultern des Volkes leichter zu tragen sind. Entsprechend den Verträgen der neuen Zölle würden alle Steuern erleichtert werden. Nach den Wahlen von 1878 aber kam es ganz anders! Zwar wurden diejenigen Mehreinnahmen der Zölle, welche sich über 30 Millionen Mark Einnahmen betrafen, den Einzelstaaten überwiesen, die Beitragsbeiträge derselben aber so gekürzt, daß sie, wie schon erwähnt, heute höher sind als die Ueberweisungen! Die Steigerung der Zolleinnahmen hat nur zu einer Steigerung der Ausgaben des Militarismus geführt — und so wird es in Zukunft ebenfalls sein, selbst wenn durch ein Gesetz dies zur Zeit des Abschlusses der Handelsverträge verboten würde. Als ob nicht ein jedes Gesetz durch ein anderes wieder aufgehoben werden könnte! Hat doch bei der Flottenvorlage der Reichstag feierlich unter Zustimmung der Regierung beschlossen, ja nicht die schwachen Schultern zu belasten — und nur wird doch über kurz oder lang eine Erhöhung der Biersteuer kommen, trotzdem diese gerade die ärmere Bevölkerung am schwersten trifft! Die Verprechungen des Reichsanwaltlers wie des Zentrums betreffs Verwendung der Mehreinnahmen aus den Zöllen sind also nicht einen Pfifferling werth und unsere Fraktion rechnet darauf, daß die Arbeiter sie durch Protestversammlungen und Petitionen energisch dabei unterstützen werden, wenn sie im kommenden Winter den Kampf gegen den Brod- und Fleischwucher mit aller Schärfe führen wird!

Eine Folge des Schutzzollsystems ist es auch, daß die gegen die Konkurrenz des Auslandes geschützten Industrien sich zu Ringen (Syndikaten, Trusts) zusammenschließen und die einheimische Bevölkerung durch Erhöhung der Preise auszunutzen, während sie gleichzeitig, um größeren Umsatz zu erzielen, an das Ausland billiger wie an das Inland verkaufen.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Dieer Matschull als Braun, das ist die Parole der Freisinnigen für die Stichwahl im Wahlkreise Remel-Gebedburg, wenn sie sich auch gehütet haben, diese Parole offen auszugeben. Nach dem freisinnigen **Remeler Demokrat** werden die Kandidaten...

ralen müßten die größten Gjel sein, wenn sie in Remel-Gebedburg einem anderen Kandidaten zum Siege verhelfen wollten, als dem, der hindende Erklärungen gegen die Erhöhung der Getreidezölle und für die Erneuerung der Handelsverträge abgegeben hat,“ schrieb nach der Hauptwahl in Remel die liberale Bremer „Weberzeitung“. Wollen die Freisinnigen in Remel-Gebedburg diesen treffenden Wortwurf dauernd auf sich nehmen?

„So also sieht die vielgerühmte „mittlere Linie“ der Zollpolitik des Reichsanwaltlers aus“, heißt es in einer Zuschrift aus den Kreisen von Handel und Schifffahrt im senats-offiziösen „Hamb. Kor.“ „Das sind die „mäßigen“ Zollerhöhungen, von denen noch kürzlich der badische Minister, Herr Schentel, sprach! „Angemessen“ sollen Lasten auf den unentbehrlichsten Lebensnahrungsmitteln sein, die sie um 40—50 Prozent ihres Verkaufspreises auf dem Weltmarkt vertheuern.“ Die „Kreuzzeitung“ hat kürzlich einen Auszug aus einer Schrift des Königsberger Nationalökonom Döhl gebracht, die sich gegen die Annahme eines Bonner Kollegen wandle, daß die Brodvertheuerung speziell von den gewerblichen Arbeitern getragen würde. Aber auch Prof. Döhl gesteht zu, daß in den Kornzöllen und der von ihnen erstrebten und bewirkten Steigerung der Brodfruchtpreise ein Opfer liege, daß das ganze Volk der heimischen Landwirtschaft bringe, und die „Kreuzzeitung“ hat diese Thatsache nicht bestritten. Aber das Volk besteht doch zu zwei Dritteln aus Unbemittelten; fast 70 Proz. aller Einwohner in Preußen bleiben von der direkten Steuer verschont, weil ihr Einkommen unter 900 Mark beträgt. Diese Volksmassen müssen aus dem kärglichen Verdienst ihrer mühseligen Arbeit jenes Opfer bringen; sie sind es, denen jeder Bissen Brod, jedes Stückchen Fleisch jetzt noch mehr vertheuert werden soll, als er es schon ist. Und wem zahlen diese 40—40 Millionen von Armen in Stadt und Land, in der Industrie, im Handwerk, im Handel und Verkehr, aber auch in der Landwirtschaft selbst, diese Abgabe von des Lebens Nothdurft? In ein paar hunderttausend Grundbesitzer, die da behaupten, sie seien die deutsche Landwirtschaft und ohne sie gehe diese zu Grunde! Und diese ungeheuerliche Belastung wird dem Volke zugemutet in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges. Weniger Verdienst, aber theureres Brod — das ist die Devise dieses Zolltarifs! Wie geradzuleichtfertigkeit es gewisse Kreise in der Regierung mit der Aufstellung des Wuchertarifs genommen haben, charakterisirt zur Genüge die weitere Mittheilung in dem Artikel des „Hamb. Kor.“, daß, als der betr. Artikelschreiber vor einiger Zeit einem sehr hochgestellten Beamten des preussischen Landwirtschaftsministeriums die Gefahren des Doppeltarifs klargelegt hat, dieser Beamte lächelnd erwidert hat: „Bah, mit derselben Tinte, mit der der Doppeltarif geschrieben wird, kann man ihn auch wieder ausstreichen!“ — Wenn in so schwerwiegenden Fragen die Regierung mit solcher frivolen Leichtfertigkeit zu Werke geht, dann darf man sich allerdings über nichts mehr wundern.

Amerika und die neuen Zollsätze. Der „Frankf. Zeitung“ wird aus New-York gemeldet: Einer Kabeldepesche bezüglich der deutschen Getreidezölle verhalten sich die amerikanischen Blätter noch reservirt, einweisen die Angaben über die Höhe der Zölle bezweifelnd, da Zölle von solcher Höhe unbedingt zu energischen Maßregeln herausforderten. Mehrere bekannte Politiker erklärten dem Korrespondenten, daß die angeblich geplante Zollerhöhung nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Rückwirkung haben müsse in der Weise, daß sie die amerikanische Union England noch mehr in die Arme treibe.

Die militärische Dienstzeit zu lang! Der Generalmajor a. D. v. Puttkamer, der vor einigen Monaten in der „Deutsch. Tages-Ztg.“, eine ihm in militärischen Zünfterkreisen sehr verübte scharfe Kritik an dem militärischen Gemaßendruck übte und namentlich die Sinnlosigkeit und Gemeinwohlgefährdung zahlreicher Vorschriften des Exerzier-Reglements geißelte, plädiert neuerdings in einem im „Tag“ veröffentlichten Artikel für eine Verkürzung der Dienstzeit der Infanterie. Als Argument für die Möglichkeit einer Verkürzung der Dienstzeit dient ihm auch jetzt wieder seine geringe Bewerthung des Paradedrills, mit dem ganz unnütz viel Zeit vertrödelte werde.

Der Witz, der beim Exerzieren im Tritt auf die durchgedrückten Knie gelegt wird, ist für die Kriegsausbildung gleich Null. Auf unebenem Boden kann man nicht mit durcheinanderstehenden Knien marschieren, und im feindlichen Feuer denkt kein Mensch daran, es zu thun. Auch ein Theil der Zeit und Mühe, der auf die Einübung exakter Bewegungen in Bataillonkolonne und Regimentskolonne verwendet wird, könnte erspart werden. Im feindlichen Feuer wäre es Wahnsinn in Bataillon- oder Regimentskolonne zu stehen oder sich in diesen Formationen zu bewegen.

Die Forderungen, die seiner Zeit dem dem Gemaßendruck abholden Kritiker von einem ihm in der „Nordd. Allg. Ztg.“ entgegenenden Offizier über die Unentbehrlichkeit derartiger Paradedemänschen erteilt worden sind, haben ihn also nicht zu überzeugen vermocht. Doch gleichviel, v. Puttkamer empfiehlt weiterhin eine Verkürzung der zweijährigen Dienstzeit, und zwar um zunächst drei Monate. Ein Monat könnte leicht dadurch erspart werden, daß man die Rekruten statt Anfang Oktober erst Anfang November einstellte; weitere zwei Monate könnte man dadurch an der Dienstzeit ersparen, daß man jeden Mann im Frühjahr oder Sommer des zweiten Dienstjahrs auf 1 bis 2 Monate in die Heimath beurlaubt. Auch für die militärische Jugenderziehung — bestehend in wöchentlich einigen Stunden Freiübungen, Turnen und Exerzieren — bricht der Generalmajor a. D. eine lange. Darüber, daß diese Vorbildung nach Puttkamer's Ansicht durch ausgebildete Unteroffiziere am besten geleitet werden könnte, brauchen wir an dieser Stelle nicht zu diskutieren, uns genügt das Zugeständniß des erfahrenen Militärs, daß eine derartige Jugenderziehung, wie ja auch wir sie als Glied der Ausbildung zur Wehrhaftigkeit des Volkes postulieren, nicht wie so oft von militärischen Zünftern als nutzlose Spielerei qualifizirt wird. Vor allen Dingen nehmen wir mit Genugthuung davon Notiz, daß auch nach der Ansicht eines Militärs die zweijährige Dienstzeit leicht um weitere 3 Monate verkürzt werden könnte. Und v. Puttkamer ist der Ueberzeugung, daß ihm hierin, möchten auch viele alte Offiziere den Kopf schütteln, viele Kompagniechefs vollständig beistimmen würden.

Unser Urtheil über die Nothwendigkeit einer Verkürzung der Dienstzeit und der Umgestaltung des ganzen Militärsystems hängt natürlich von den gelegentlichen Geständnissen eines preussischen Militärs nicht ab, wohl aber erleichtert

das Sammeln derartiger Stimmen aus dem gegnerischen Lager selbst den praktischen Kampf gegen den verpöhten, fortschritts- und volksfeindlichen Militarismus.

Ueber den Zusammenbruch der Aktiengesellschaft Terlingen, von dem wir bereits Mittheilung machten, erfährt die „Kölnische Zeitung“ noch, daß der Direktor schon seit zehn Tagen flüchtig ist. Es scheint sich hier um einen noch nicht dagewesenen Schwindel zu handeln. Terlingen hat sowohl die mit ihm arbeitenden Banken als auch den eigenen Aufsichtsrath seit Jahren in der unerhörtesten Weise hinterzogen. Alle bisher für seine Gesellschaft aufgestellten Bilanzen sind gefälscht. Die Verbindlichkeiten betragen nach der vorläufigen Feststellung nicht neun, sondern sogar zwölfs Millionen Mark, denen nur sechs Millionen Vermögenswerthe gegenüberstehen. Terlingen scheint es seit Jahren darauf angelegt zu haben, durch betrügerische Maßnahmen Millionen bei Seite zu schaffen, um schließlich zu verschwinden. Der verhaftete Prokurist Kospatt gestand bereits ein, daß Fälschungen in den Büchern vorgenommen sind. Er gab an, hierzu von Terlingen veranlaßt worden zu sein. Der Zusammenbruch wird voraussichtlich weitere Zahlungseinstellungen nach sich ziehen.

Eine Protesteinstellung gegen die Einbeziehung der Handelshilfsarbeiter, die jetzt den Gewerbegelehrten unterstehen, in die neu zu errichtenden Kaufmännischen Schiedsgerichte, wie sie die zur Zeit im Reichsjustizamt bearbeitete Vorlage vorsieht, haben die organisirten Handels- und Verkehrsarbeiter abzusenden beschlossen. Die Petenten befrüchten, unseres Erachtens mit Recht, durch ihren event. Ausschluß von den Gewerbegerichten eine Verzögerung und Vertheuerung der Rechtsprechung in ihren gewerblichen Streitigkeiten, die gerade für diese Arbeiterkategorie mit ihren durchschnittlich recht geringen Löhnen schwer ins Gewicht fällt, und ersuchen deshalb, die Differenzen aus ihrem Arbeitsverhältniß nach wie vor der Kompetenz der Gewerbegerichte zu belassen.

Der schwarze und der bunte Rock. Eine Besprechung der „Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte“ von Hans Delbrück im „Reichsanzeiger“ (!) klingt in die folgenden Sätze aus:

„Ich schreie mit meiner Empfehlung an die Herren Kameraden vom Kriegsgewerbe, sich diese reiche Quelle der Belehrung nicht entgehen zu lassen, sie liegt den diktirenden Urtheilern über die Kriegskunst recht allgemein die Schranke.“

Es ist nicht unwichtig, daß „das Volk in Waffen“ sich an die Sachverständigen zu seiner Belehrung hält. Sie aber können im schwarzen wie im bunten Rock einhergehen. Nicht das Kleid gewährleistet die Autorität, sondern sein Träger, der den Thatachen auf den Grund gekommen ist und richtige strategische Sachkritik zu üben versteht. von Schlichting.

Unlängst hieß es bekanntlich anders — General von Schlichting ist nicht mehr im aktiven Dienst, daher wohl diese lehrerische Ansicht.

Neue politische Nachrichten. Wie die „Kreuzzeitg.“ hört, ist der Zolltarifentwurf dem Bundesrath nunmehr zugegangen. — Die von den bayerischen Handels- und Gewerbeämtern und den Landwirtschaftskammern benannten Sachverständigen, die dieser Tage im bayerischen Ministerium des Innern über ihre Ansichten betreffs des neuen Zolltarifs befragt wurden, sprachen sich, wie die „Augsburger Abend-Blz.“ hört, mit Ausnahme eines Vertreters der Landwirtschaftskammer gegen erhöhte Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse aus. Um so eifriger bemüht sich, wie bekannt, die bayerische Regierung, den Agrariern entgegenzukommen. — Die Nachricht, daß wegen veränderter Beeinflussung des Dragoners Skopod in dem Gumbinner Werdprozeß die Untersuchung gegen den Generalmajor a. D. v. Puttkamer und den Dragoner-Regimentschef Schneider eingeleitet worden sei, wird von der „Preussisch-Östlichen Zeitung“ in Gumbinnen als unwichtig bezeichnet. — Das Aufsichtsrathsmitglied der Trebertrönnungs-Gesellschaft, Otto aus Dortmund, wurde wurde Mittwoch Nachmittag in Kassel verhaftet. — Die Kriegserneuerungsbefehle weiter gegen den General von Spitz wegen seiner Scharfmachertheden. Wie aus Bremen gemeldet wird, hat sich der bremische Landeskriegerverband dem Protest der Vorstände der stadtbremischen Kriegervereine gegen die Aeußerungen des Generals von Spitz in Düsseldorf angeschlossen. — Ein parlamentarisches Augenwörter zieht sich über einem ehemaligen Ministerpräsidenten von Ungarn zusammen. In Folge der bisher nicht demontirten Meldung, wonach Parisjy seiner Zeit die Verfassung stützen wollte, beschloß die Opposition, eine Agitation für die sofortige Einberufung des Reichstages einzuleiten, um diesem den Antrag auf Verlesung und Hausschluß in den Aufstandszustand zu unterbreiten. — Der Ausstand der Bahnangestellten auf Korsika ist beendet. Die Züge verkehren seit Mittwoch wieder regelmäßig. Ob die Ausständigen Erfolge erzielt haben, wird in der bet. Meldung nicht angegeben.

Rußland.

Ein Geheimverbot gegen die Juden wird im „Vorwärts“ veröffentlicht. Es handelt sich um ein geheimes Rundschreiben eines Divisionsstabes an die Regimentskommandeure, worin mitgetheilt wird, daß ein auf Befehl des Zaren beim Hauptstabe eingesetzte Kommission, die die Aufgabe habe, Maßregeln gegen die „Bügellosigkeit“ der Juden zu treffen, vorgeschlagen hat: 1. Erhöhung der Strafen für die von Juden Militärpersonen gegenüber zugefügten Verletzungen; 2. Venderung der Art der Einleitung derartiger Prozesse dahin, daß dieselben unabhängig von den Klage-Acten der Verletzten geführt werden müssen und mit keinem Vergleich beendet werden können; und 3. Verweisung der Prozesse über Juden, die beschuldigt werden, Militärpersonen Verletzungen und andere Gewaltthatigkeiten zugefügt zu haben, an ein Kriegsgericht zur Untersuchung, unter Anwendung der kriegsrechtlichen Gesetze. Das russische Kriegsministerium hat außerdem für nothwendig erachtet, auch Maßregeln administrativer Einwirkung in Bezug auf schuldige Juden festzusetzen, und zwar: 1. Den Orts-Generalgouverneuren das Recht der administrativen Ausweisung aus ihren Wohnorten anheimzustellen; 2. eine Geldstrafe auf die jüdische Gemeinde desjenigen Ortes aufzuerlegen, in der ein Zusammenstoß mit Militärpersonen entstanden ist; und 3. die Vollstreckung von Kriegsexekutionen in solchen Orten. Die Minister der Justiz und des Innern haben gegen diese Exekutivmaßregeln entschieden Widerspruch erhoben und der Meinung des Kriegsministers zugestimmt, daß die Verschärfung der Strafen für die Militärpersonen beigelegten Verletzungen in der Art des Strafantrages über solche

Beleidigungen allgemeine Maßregeln sein müssen, nicht aber ausschließlich in Bezug auf Juden. Zur Erklärung dieses Geheimnisses hebt der „Vorwärts“ hervor, daß dieser sich vor allem gegen die russisch-jüdische Arbeiterbewegung richtete. Nach dem geheimen Rundschreiben sollen Streiks wie Hochverrath und Revolution bestraft werden.

Italien.

Fein aus dem Druck ist der Ministerpräsident Zanardelli; er braucht nach seiner Ansicht in dem Streite der Schiffsmanuskripten in Genua mit den Rhedern keinen Schiedspruch zu fällen. Bekanntlich wurde der große Streik in Genua jüngst dadurch beendet, daß die Ausständigen vorläufig an die Arbeit zurückkehrten, während ihre Beschwerden dem Ministerpräsidenten als Schiedsrichter unterbreitet werden sollten. Als nun unlängst das Schiedsgericht zusammentrat, weigerten sich die Rheder beharrlich, die Verbände der Arbeiter als Unterhändler für die streikenden Arbeiter anzuerkennen. Und Zanardelli hat nun seinen Spruch dahin abgegeben, daß er, da man die Rheder nicht zwingen kann, die Verbände als Vertreter der Schiffsmanuskripten anzuerkennen, überhaupt keinen Schiedspruch fällen könne. Er kommt somit garnicht in die Lage, ein für die Rheder vielleicht höchst unangenehmes Urtheil abzugeben. Ob die Arbeiter sich indessen damit zufrieden geben werden, ist eine zweite Frage.

Korruption. Aus Neapel wird der „Frei. Stg.“ geschrieben: In Neapel endete dieser Tage ein Monatsprozeß, der fast zwei Monate gedauert hat und die ganze Stadt in Aufregung erhielt. Das sozialistische Blatt „1799“ hatte den Abgeordneten Alberti ähnlicher Mischgeschäften beschuldigt, wie der neapolitanische Abgeordnete Casale sie begangen hatte: Annahme von kleinen Geschenken bei Vergebung, Begünstigung der Camorra und der kleinen Viehhändler, Bevorzugung zahlender Freunde bei Vergebung öffentlicher Arbeiten und was der schönen Dinge noch mehr sind. Alberti hatte, um seine Existenz zu retten, die besten Advokaten aufgebieten, und so gelang es ihm, ein Verdict gegen seine Ankläger durchzusetzen. Trotzdem hat der Prozeß von Neuem begonnen, was man freilich schon wußte, daß in Neapel fast alles faul ist. Am schlimmsten endete der Prozeß für den neapolitanischen Abgeordneten General Afande Riviera, früheren Kriegsminister und Inspektor der Artillerie. Von ihm kamen derartige Dinge zur Sprache, daß er voraussichtlich dem Heere und der Politik Adieu sagen muß. Bezeichnend für Neapel ist auch die Thatsache, daß die infolge des Casale-Prozesses im Anfang dieses Jahres eingesetzte Enquete-Kommission zur Prüfung der kommunalen Verwaltung ihre Arbeiten noch immer nicht hat beenden können, und daß neben ihr noch immer ein königlicher Kommissar die Stadt regiert. — In wenigen Wochen wird in Bologna ein anderer und nicht mehr neuer Skandalprozeß wieder ausbrechen, da der frühere Abgeordnete Palizzolo von Palermo, der, wie bekannt, schon einmal wegen Anstiftung zum Mord des Präsidenten der Bank von Sizilien, Notarbartolo, vor den Geschworenen stand, jetzt unter dem Verdacht der Beihilfe zu einem zweiten Mord vor die Geschworenen von Bologna verwiesen wurde, weil man den Prozeß dem verderblichen lokalen Einfluß in Sizilien entziehen will.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Mit der Kriegsmüdigkeit der Buren ist es nicht, trotz aller angeblichen Briefstürme vom 15. Mai, die die Engländer erbenet haben wollen, denn mehrfach liegen Meldungen vor, wo die Buren angegriffen und auch Erfolge erzielt haben. Alle Burenführer schienen sich offensichtlich an, einen entscheidenden Vorstoß nach Süden zu unternehmen, wie schon der Angriff auf die Stadt Aberdeen im Kapland bewies. In Uebereinstimmung damit wird der „Times“ aus Krügersdorp, südwestlich von Pretoria, vom Montag gemeldet: Oberst Allenby berichtet, daß vor einigen Tagen etwa 1000 Buren Kromdraai bei Krügersdorp passirt haben. Ja sogar den englischen Eisenbahntransporten von Kapstadt her macht der Burenführer Scheeper, der mit einem Kommando von Afrikanern in der Nähe der Bahnstation Beaufort West, westlich von Aberdeen, steht, neuerdings wieder Schwierigkeiten. Nach einem Telegramm Lord Kitcheners aus Pretoria wurde ein aus Kapstadt kommender Güterzug, bestehend aus Wagen mit Gerätschaften und Vorräthen, am Sonntag früh 8 Meilen nördlich von Beaufort West von Scheepers Kommando angehalten, ausgeplündert und in Brand gesteckt. Auf englischer Seite wurden 3 Mann getödtet und 18 verwundet. Nach Privatmeldungen aus London belaufen sich sogar die englischen Verluste bei Beaufort West auf 5 Tödtet und 23 Verwundete. Scheeper soll reiche Vorräthe, Kriegsmaterial, Lebensmittel und zwei Geschütze erbeutet haben. Außerdem sollen — worüber das offizielle Telegramm Kitcheners vollständig schweigt — 4 englische Offiziere und 105 Mann gefangen worden sein. — General French berichtet, Oberst Crabbe sei mit 300 Mann in den Bergen von Cradock bei Tagesanbruch am Sonntag von Krünger angegriffen worden. Die Pferde der Engländer seien durchgegangen (!) und Crabbe habe sich, nachdem der Kampf den ganzen Tag gedauert, auf Mortimer zurückziehen müssen. Die englischen Verluste seien gering. Auch dieser Bericht French ist offenbar stark zu Gunsten der Engländer gefärbt; denn nach Privatmittheilungen verloren die Engländer 2 Offiziere und 14 Mann an Tödteten; auch hatten sie viele Verwundete, ganz zu schweigen von den vielen Gefangenen, welche die Buren machten. — Aus Middeburg in der Kapkolonie wird englischerseits berichtet: Das Lager des Kommandos Katagans wurde am Sonntag von Oberst Lufin überrastet. 3ehn Buren wurden gefangen genommen, 105 Pferde und 70 Gewehre erbeutet.

Die Kriegsführung Kitcheners ist der englischen „Jingo“-Presse noch zu milde. So tadelt sie es, daß Lord Kitchener jetzt regelmäßig die Todesurtheile, welche die Kriegsgerichte über „Rebellen“ aussprechen, in lebenslängliche Deportation verwandelt.

Die „Daily News“ verzeichnen das bisher nirgends bestätigte Gerücht, daß in London Verhandlungen zur Herbeiführung des Friedens in Südafrika stattfänden.

Einer dem englischen Parlament zugegangenen Druckschrift zufolge befanden sich im Monat Juni in den Konzentrationslagern Südafrikas 95410 Weiße und 23489 Farbige; davon starben 777 Weiße und 5 Farbige.

Vereinigte Staaten.

Vom Streik der Stahlarbeiter. Der „Morning Post“ wird aus New York gemeldet: Der Streik der Stahlarbeiter dauert ruhig fort. Der Verband hat in der Nähe der Werkstätten, in denen der Stahltruff, wie er angekündigt hat, in Anzuehm die Arbeit beginnen lassen will, Grundstücke gepachtet und für die Streikposten darauf Zelte errichtet. Die Pittsburgher Behörden haben Polizisten geschickt, welche auf der Linie der Streikposten die Ordnung aufrecht erhalten und eine gewaltsame Bedrohung verhindern sollen. Der Stahltruff hat jedoch bisher noch keinen Grund gehabt, die Polizei zu seinem Schutze herbeizurufen. Wie nach dem „Wolffischen Bureau“ ferner in New York verlautet, wandte sich der juristische Beirath des Stahltruffs an die Bundesgerichte, um den Erlaß einer Verfügung, die den Ausständigen verbietet, sich in die Angelegenheiten der Nichtverbändler zu mischen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 25. Juli.

Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer. An die Gewerbegerichtsbeisitzer Deutschlands. Am 10. und 11. September d. J. findet in Lübeck die Versammlung des Verbandes deutscher Gewerbegerichtsbeisitzer statt. Es werden die Arbeitnehmerbeisitzer aufgefordert, soweit es noch nicht geschehen ist, bei der Gemeindeverwaltung den Antrag zu stellen, auf Gemeindefosten Beisitzer zu delegieren, im Ablehnungsfalle jedoch möglichst auf Kosten der Gewerkschaften auf dem Verbandstage zu erscheinen. Die Organisationskommission der Gewerbegerichtsbeisitzer ersucht die Delegirten der Arbeitnehmerbeisitzer, schon am 9. Septbr. in Lübeck anwesend zu sein. Dasselbst findet im Vereins Hause eine Vorbesprechung statt, und ist der Beginn derselben auf 6 Uhr Abends festgesetzt.

Alle Vertreter der Arbeitnehmer wollen sich bis spätestens 1. September beim Vorsitzenden der Organisationskommission melden.

Leipzig, im Juli 1901.

Die Organisationskommission der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) Deutschland:

Franz Matthei, Leipzig, Rastkämder Steinweg 12.
Die vermeintliche Mauerung der Sozialdemokratie verursacht unseren Gegnern momentan wieder recht viel Kopfschmerzen. Zu ihnen gehören auch die „Lübeckischen Anzeigen“, die auf Grund des Rechenschaftsberichtes unserer Fraktion die Frage: „Ob sich die Sozialdemokratie mauert?“ im bejahenden Sinne beantworteten. Komisch wirkt in diesem Artikel folgender Satz: „Behalt erinnern wir uns noch der Zeiten, da der Streit darüber tobte, ob man im Reichstage als zielbewusster Sozialdemokrat überhaupt etwas anderes thun dürfe, als Neben zum Fenster hinaus zu halten, wenn man nicht durch das „Parlamenteln“ in den bürgerlichen Sumpf gerathen wolle.“

Wir bezweifeln, daß sich die Schreiber des Amtsblattes, die bekanntlich an chronischer Gedächtnisschwäche leiden, heute noch an Vorgänge erinnern können, die über ein Jahrzehnt zurückliegen.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Sitzung vom 24. Juli. Erfolglose Berufung. Der Wöbcher Sr., der bei der hiesigen Firma Lüders mit der Kälteabstraktion beschäftigt war, veripürte am 18. Januar d. J. beim Umkippen eines großen Küssels plötzlich einen heftigen Schmerz, jedoch er sich genöthigt sah, sofort einen Arzt zu konsultiren. Nach Angabe des Arztes ist vor dem Unfall eine Bruchanlage vorhanden gewesen, die durch das ungewohnte schwere Arbeiten — G. hatte bisher nur wesentlich kleinere Küssel angefertigt — ein Ausreten des Bruches zur Folge hatte. Das Gewicht eines großen Küssels beträgt ca. 45—48 Kilo. Auf Grund des ärztlichen Gutachtens lehnte die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft einen Entschädigungsanspruch ab. Hiergegen hatte Sr. Berufung eingelegt mit dem Antrage, ihm eine 20prozentige Rente zu gewähren, da er infolge des Bruchleidens eine Erwerbsbeschränkung erfahren habe und das Leiden durch seine Berufstätigkeit hervorgerufen worden sei. Das Schiedsgericht verwarf jedoch die eingelegte Berufung. — Ein Bild m en s ch l i c h e n G l e n d s, herbeigerufen durch einen im Dienste der hiesigen Baudeputation erlittenen Unfall, wurde bei der Berufung des Arbeiters B. entrollt. Derselbe erlitt am 27. Juli 1900 im Betriebe der Baudeputation einen Unfall, indem er beim Einflanken von Erde von der Baubrücke auf die Schutzkante fiel und sich eine Quetschung mehrerer Rippen zuzog. Nachdem er zu drei verschiedenen Malen im Krankenhaus behandelt worden war und sich seine Arbeitsunfähigkeit herausstellte, schlug der behandelnde Arzt Dr. Pauli bis zum 15. Januar d. J. die Gewährung der Vollrente und von diesem Zeitraum ab eine Rente von 50 Pct. vor, welchem Vorschlag die Baudeputation auch beitrug. In dem Gutachten des Dr. Pauli war angeführt, daß wesentliche Veränderungen am Körper nicht bemerkbar gewesen seien. Gegen diese Rentenzumessung legte B. Berufung ein und verwies darauf, daß ihm das Stehen und Wäden unmöglich geworden sei. Außerdem trete der bei ihm vorhandene Bruch jetzt häufiger als früher aus und gleichzeitig veripüre er auch eine durch den Unfall hervorgerufene Beschädigung des rechten Armes. Er beantragte 75 Prozent Rente. Auf Antrag des Klägers wurde nunmehr ein Gutachten des Arztes Dr. Hoffstätter eingeholt, der nur eine Rente von 40 Prozent vorschlug. In der Verhandlung wies der Vertreter des B., Arbeitersekretär Wiffell, darauf hin, daß das Gutachten des Dr. Hoffstätter sich theilweise über Dinge ausläßt, die seiner Verantwortung nicht unterstehen. Ueberhaupt ließen die Verze in ihrem Gutachten sich vielfach über das Maas der Erwerbsfähigkeit aus, das ihrer Beurteilung gleichfalls nicht unterstände. Das Gutachten des Arztes solle nicht den Grad der Erwerbsunfähigkeit betreffen, da dem Arzte die Kenntniß des Erwerbslebens abgehe. B. habe früher sehr viel Geld verdient, seine Kräfte hätten ihn jedoch jetzt verlassen, jedoch er nun gezwungen sei, seinen Unterhalt durch Hölern zu verdienen. Nur mit vieler Mühe gelänge es B., hiervon einen Tagesverdienst von 40 bis 50 Pf. zu erzielen. Er wolle gerne arbeiten, wenn er nur könnte. Gleichzeitig beantragte der Vertreter des B., die Vollrente bis zum 1. Februar 1901 zu gewähren, da Rentenkürzungen stets nur vom 1. des nächsten Monats erfolgen können. Als Vertreter der Baudeputation war der Arzt Dr. Pauli, welcher B. zuerst untersucht hat, erschienen. Derselbe versuchte durch Anführung zweier anderer Fälle den Nachweis zu liefern, daß manche Arbeiter nur Rente verlangten, um nicht zu arbeiten. (!) Dr. B. führte diese sonderbare Ansicht auf eine Idee des Verletzten zurück; derselbe stehe unter einer geistigen Depression; das einzige Mittel hiergegen sei das Zwingen zur Arbeit; die Arbeit sei in solchem Falle eine Wohlthat. Er beantragte eine 40prozentige

Rente. Nach längerer Verhandlung erkannte das Schiedsgericht dahin, daß dem Verletzten die Vollrente bis zum 31. Januar 1901 und ab 1. Februar eine Rente von 75 Prozent zu gewähren sei. — Gleichfalls erfolgreich verlief die Berufung des Höblers B., der am 22. Dezember v. J. im Betriebe der Firma Sager u. Klümann vom rechten Daumen das Endglied und das zweite Glied durch einen Unfall verlor. Während die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft nur 15 Prozent Rente gewähren wollte, erkannte das Schiedsgericht dem Antrage des Verletzten entsprechend auf eine 25prozentige Rente. — Abgesehen wurde der Arbeiter M., der am 10. November v. J. an der hiesigen Schiffswerk durch Herabfallen eines eisernen Winkels eine Verletzung des kleinen Fingers der rechten Hand erlitt, durch welche das Fingerglied steif blieb. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Rentenanspruch ab, da keine Erwerbsunfähigkeit stattfände. Der Verletzte beantragte 15 Prozent. Das Schiedsgericht schloß sich jedoch der Ablehnung der Berufsgenossenschaft an. — Um eine Fortsetzung der Verhandlung handelte es sich in dem folgenden Fall. Der Arbeiter G. verunglückte am 2. Juni 1900 auf der hiesigen Schiffswerk, indem ihm eine schwere eiserne Platte auf den rechten Fuß fiel und er eine Quetschung desselben davontrug. Der Verletzte bezog früher eine Rente von 50 Prozent, die jedoch ab 1. Mai d. J. auf 20 Proz. herabgesetzt worden war. Der Vertreter des Verletzten, Wiffell, beantragte eine Rente von 30 Prozent, sowie Gewährung der alten, 50prozentigen Rente bis zum 1. Juni d. J., da die Berufsgenossenschaft eine angemessene Frist zur Erklärung auf den Feststellungsbescheid nicht gewährt resp. die von ihr vorgeschriebene einwöchentliche Frist selbst nicht eingehalten habe. Der Verletzte sei nicht in der Lage, schwere Arbeit zu verrichten. Das Gericht erkannte auf eine Rente von 25 Prozent ab 1. Mai 1901. — Auf Verwerfung der Berufung erkannte das Schiedsgericht anfänglich der Berufung des Arbeiters B., der am 10. Dezember v. J. ebenfalls auf der hiesigen Schiffswerk durch Unfallen einer Platte eine Quetschung des rechten Fußes erlitt. Die Berufsgenossenschaft sprach dem Verletzten eine 20prozentige Rente zu, gegen welchen Bescheid dieser Berufung einlegte mit dem Antrage auf Gewährung einer 33prozentigen Rente, da ihm schweres Arbeiten unmöglich sei. Trotzdem wurde auf Verwerfung erkannt. — Mehr Erfolg hatte der Arbeiter St., der am 23. Januar d. J. bei der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft beim Heben einer Platte einen Rückenbruch davontrug. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Entschädigungsanspruch ab, da kein Betriebsunfall vorlag. Der Verletzte ersuchte um 15 Prozent Rente, da der Bruch ihm beim Arbeiten hinderlich und er dadurch in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt sei. Die Gutachten lauteten dahin, daß der Bruch wahrscheinlich durch das schwere Heben herbeigeführt wäre, daß aber unter dem Einfluß der jahrelangen schweren Arbeit eine Bruchanlage als vorhanden gewesen anzunehmen sei. Das Schiedsgericht erkannte die Berufung als begründet an und gewährte eine 15prozentige Rente.

Traue muß sein. Nach Schluß des Wilhelmtheaters am verflochtenen Sonntag eilten, wie die „E.-Z.“ berichtet, mehrere Besucher zum Feuer in Rothebeck, um ihrer Schaulust zu frohnen. Wie erstaunten sie aber, als plötzlich ein sämtliche Zuschauer seitens der Schupleute ein Kordon gebildet und die Anwesenden zur Hülfeleistung aufgefordert wurden. Die Geminer Spritze war nämlich ohne Bedienungsmanufaktur erschienen. Nun hieß es: An die Pumpen! und im Schweiß ihres Angesichts mußten sie die Pumpenschwengel schwingen. An Aufmunterung seitens des aufsichtführenden Beamten fehlte es beim Nachlassen der Thätigkeit nicht. Diese Arbeit währte bei Gewitterregen und im Schmutz der durchweichten Landstraße von abends 11 Uhr bis morgens 4 Uhr. Mangel an Wasser beendete schließlich die unfreiwillige Thätigkeit. So manches Bourgeoisöhnchen, das hier vielleicht zum ersten Mal in seinem Leben Arbeit kennen gelernt hat, wird wohl mit Schaudern an diese Nacht zurückdenken.

Unlänglich des gestrigen Gewitters ging ein Blitzstrahl beim Allgemeinen Krankenhaus nieder, wurde jedoch durch den Blitzableiter des sog. Holzfingels angezogen und in die Erde geleitet.

pb. **Festgenommen** wurde ein hiesiger Versicherungsagent, der verdächtig ist, sich der Urkundenfälschung schuldig gemacht zu haben.

pb. **Die Leiche** einer Frau wurde am Mittwoch Morgen in der Nähe des Schuppens Nr. 20 aus der Trave gezogen. Momentane Geistesgestörtheit, welche auf Furcht vor Strafe zurückzuführen ist, dürfte wohl die Ursache des Selbstmordes sein.

Rageburg. Gekentert ist am Sonntag Nachmittags auf dem kleinen See infolge eines plötzlich aufkommenden Wirbelwindes ein kleines Segelboot, in welchem sich ein Ventnant und dessen Burche befand. Auf die Hülfserufe eilte ein Motorboot an die Unfallstelle und nur mit vieler Mühe gelang es, die beiden Verunglückten zu retten.

Mäkn. Seinen Verletzungen erlegen ist der Arbeiter Wiffell, welcher, wie wir berichteten, am Sonntag von einem Strolche durch Messerliche schwer verwundet wurde. Der auf so traurige Weise ums Leben gekommene hinterläßt eine Wittwe mit drei unmündigen Kindern.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Ueber die Stellmacherwerkstatt von Schlegel in Schiffbeck bei Hamburg ist wegen Lohndifferenzen die Sperre verhängt worden. — Der „Wirtschaftliche Schutzverband“ in Harburg, eine arbeitserfeindliche Organisation von Geschäftleuten, droht unserm dortigen Parteiorgan mit nicht weniger als 36 Prozessen wegen verlegenen Beleidigungen. Viel Glück dazu! — Der Maurerstreik in Bant-Wilhelmshaven ist nunmehr definitiv beigelegt worden. Sämmtliche Verheirathete werden zunächst eingestellt. Der Zugang wird freigegeben. Ab 1. Januar 1902 wird ein Stundenlohn von 52½ Pfg. gezahlt. — Die organisirten Arbeiter des Landgebiets, also des Amtsverbandes D i e n s b u r g, haben einen schönen Erfolg errungen. Ihre Vertreter ziehen zum ersten Mal in die Verwaltung der Amtsverbandskrankenkasse ein. Bei der Generalversammlung, die am Donnerstag v. M. in Osterburg stattfand, wurde die von den Gewerkschaften aufgestellte Liste mit großer Mehrheit gewählt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Dorf fiel ein 3jähriges Kind in den offenen Brunnen und ertrank. — Am Sonntag kenterte anlässlich des Gewittersturms auf dem Schwoerner See ein mit 4 Personen besetztes Boot; nur dem Umstande, daß sich zwei Personen am Kiel festhielten und die anderen beiden sich vorher mit Rettungsgürteln versehen, ist die Rettung Aller zuzuschreiben. — Durch einen Blitzschlag eingestürzt wurde in E d e l a t (Holstein) ein Wohnhaus. Leider wurde ein 3jähriges Kind vom Blitz verarzt berührt, daß die Sehkraft des einen Auges vollständig verloren ist. — Ausgewiesen wurde der Knecht des Hofbesizers Johann Lund in S c h o t t b u r g (Schleswig). Nach hiesigen Blättern

soll letzterer sich am Tage vorher als Mitbesitzer eines gewissen Grundstückes haben eintragen lassen. Wenn die Kollaterale nicht ihre ersten Seiten hätte, würde sie die Dachmästel reizen. — Von zusammenhängenden Sandhausen verschüttet wurden am Dienstag in Harburg fünf spielende Kinder. Trotz sofort angestellter Rettungsversuche scheint dieser Unfall ein Opfer zu fordern, da das Befinden des einen Knaben wenig Raum auf Hoffnung gibt.

Hamburg. Eine Petition der Polizeibeamten an Senat und Bürgerchaft um Gewährung einer Wohnungsgeld-Zulage ist in Vorbereitung. Die Petenten begründen ihre Bitte mit einem Hinweis auf die Einkommen der Berliner Polizeibeamten, die bedeutende Wohnungsgeld-Zulagen bekämen.

Hamburg. Die Mietsteigerungen für kleine und mittlere Wohnungen, so wird dem „Fremdenblatt“ geschrieben, nehmen neuerdings einen für die Mieter recht bedrohlichen Umfang an. Zum Theil sind diese Steigerungen in einer Höhe von 20 und 25 pCt. vorgenommen worden. Ein Grundeigentümer in Eimsbüttel, welcher über etwa 80 kleine Wohnungen im Preise bis zu 400 Mk. verfügt, hat diesen Monat sämtliche Wohnungen um 75 Mk. gesteigert. Von allen 80 Einwohnern haben nur acht die Steigerungen nicht angenommen. Die Wohnungen wurden aber binnen wenigen Tagen zu dem er-

höhten Preise wieder vermietet, und diejenigen, die sie zum nächsten Termin verlassen müssen, bemühen sich vergeblich, eine andere Wohnung wieder zu bekommen. Ein umgekehrtes Verhältnis macht sich bei kleinen Läden und Geschäftskellern bemerkbar, die vielfach billig zu haben sind. — Von einer Steigerung der Löhne um 20 bis 25 pCt. verläutet nichts.

Hamburg. Ein eigenartiger Unfall, dessen weitere Folgen zeigen, daß auch der vorsichtigste Hausbesitzer der Haftpflicht ausgesetzt ist, wird im „Grundbesitzer“ mitgeteilt. Im Hause des Viehkommissionars A. wurden aus Anlaß der Hochzeit seiner Tochter Möbel aus den Zimmern hinausgeschafft und auf den Heuboden gebracht. Auch die — 180 Pfund schwere Aufwarterin Frau H. trug einen Kohlenkasten voll Bücher dorthin. Als sie die Last niederlegen wollte, brach plötzlich eine Bodenplatte mitten durch und Frau H. stürzte in den darunter befindlichen Stall. Abgesehen von schweren Verletzungen im Rücken und den Beinen verursachte der Fall weiterhin schmerzhaftes Unterschenkelgeschwür, wodurch die Arbeitsfähigkeit der Frau schwer beeinträchtigt wurde. Die Verletzte klagte darauf gegen den Hausbesitzer auf Entschädigung und beanspruchte sofort 1004,60 Mk. sowie eine Jahresrente von 219 Mark. Obwohl Herr A. noch eine Woche vor dem Unfall seinem Richter den Antrag gegeben hatte, den Fußboden, soweit

er schadhast sei, zu erneuern und der Handwerker diesem Auftrage außer an den mit Heu bedeckten Stellen nachzukommen war, erklärte doch der vorsitzende Richter selbst den schließlichen Ausgang des Prozesses für zweifelhaft und rieth zu einem Vergleich. Dieser kam in der Weise zu Stande, daß A. 2500 Mk. Abfindung zahlte und die Prozeßkosten (307,50 Mk.) übernahm. Nur infolge seiner Haftpflichtversicherung beim Allgemeinen deutschen Versicherungs-Verein in Stuttgart blieb der Hausbesitzer vor dem empfindlichen Schaden bewahrt.

Schwerin. Neuer Ministerpräsident. Dem Staatsrath Dr. v. Unsborg, dem Vorsteher des Justizministeriums, ist von dem Großherzog nach dem Ableben des Staatsministers v. Bülow der Vorstoß im Staatsministerium einzuweilen übertragen worden. Ein „neuer Mann“ — das alte System; mehr ist hierzu nicht zu sagen.

Streuhaus-Viehmarkt

Hamburg, 24. Juli.

Der Schweinshandel verlief gut.

Verkauft wurden: 400 Stück, davon vom Norden — vom Süden — 200 Stück. Preise: Schweine — 100—110 Mk., Ferkel 50—55 Mk., Sauen 43—51 Mk. und Ferkel 50—55 Mk. pr. 100 Pfd.

Schlüsselbuden 10.

Seiten-Special-Geschäft

Schlüsselbuden 10.

Küch. Kern-Waschseife pr. Pfd. 22 Pf.
Wollled-Waschseife pr. Pfd. 21 Pf.
Terpentin-Waschseife pr. Pfd. 30 Pf.
Schweiger Waschseife pr. Pfd. 24 Pf.

billigste Bezugsquelle der Hausfrau:

Toiletteseiten

Weisse Fasseife pr. Pfd. 12 Pf.

Parfümerien.

Grüne Seifen pr. Pfd. 20, 23, 25 Pf.
Waschseife pr. Pfd. 30 Pf.
Seifenpulver à Badet 15 Pf.
sowie sämtl. Wäschebedarfsartikel.

Grosser Inventur-Ausverkauf zu sehr billigen Preisen

Herrn 71. Diersen & Sommer.

Dem Kollegen Grimm und Frau zu seiner Grünen Hochzeit ein nachträgliches donnerndes Hoch!

H. R. W. S.

Auf Segelstücken werden für sofortige Verleihen und Jungleute verlangt. Näheres bei Uterhardt, Seemannsheim.

Zu vermieten 4 Wohnungen: je 3 u. 2 Zimmer, Küche, Speisekammer, Closet und Zubehör. Miete pr. Jahr Mart 288, 260, 250 und 250.

Näheres Georgstraße 25, 1. Etage.

Für sofortig oder zum 1. Oktober sind billige Wohnungen und einzelne Stuben für alleinstehende Personen zu vermieten.

Hafenstraße 52.

Fahrrad, neu, sehr billig

Hilfsstraße 27, v. l.

Schweinefleisch 60 Pf.,

Ger. Vorderfleisch 70 Pf.,

Fetten u. mag. Speck 70 Pf.

Fernstr. 1291. M. Lahrtz, Metzgerstr.

Leere Farbetonnen

hat abzugeben Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton per 100 Stück von 1 Mk. an.



Empfehle bei billigen Preisen mein großes Lager in Schuhwaaren, Garderoben, Hüten, Mägen, Kagen, Semden, Mannfactur u. s. w. Rud. Kracht, Nabeßg. Allee 40.

Kranken- u. Sterbefälle gewerblicher Arbeiter.

General-Versammlung

am Mittwoch den 31. Juli 1901

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1901.
2. Verschiedene Angelegenheiten.

Der Vorstand.

NB. Mitgliederbücher sind vorzulegen.

Hansa-Brauerei Aktiengesellschaft Lübeck.

— Fernsprecher 161. —

Wir empfehlen unsere ausschliesslich aus bestem Hopfen und Gerstenmalz bereiteten

Lager- und Tafelbiere

in bekannter Güte, sowie unser

Kapuzinerbräu

welches nach Münchener Art, ebenfalls streng nach den Vorschriften des bayrischen Braugesetzes gebraut ist, und erbiten uns Bestellungen direct oder durch die Bierführer.

1901er Frühbrut

Gänse! Enten! Hühner!

garantirt lebende Ankunft franco und zollfrei per Nachnahme: 7 Stück große vollkommene schlachtreife Gänse Mk. 20; 15 Stück schönste festliche Enten Mk. 21; 20 Stück fetter Schlachthühner Mk. 18; 15 Stück baldlegende Zucht-Hühner Mk. 20.

M. Kapkan, Podwoloczyska.

Oeffentliche Versammlung

der

Seeleute

am Donnerstag den 25. Juli 1901

Abends 8 1/2 Uhr

im Lokale des Herrn Th. Kruse, Untertrave 60.

Tages-Ordnung:

1. Die 10 Gebote und die bestehende Klasse. Referent: J. Stellung.
2. Verschiedenes.

Der Einberufer.

Achtung!

Postdienerarbeiten!

Mitglieder-

Versammlung

am Freitag den 26. Juli 1901

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Wahlen.
2. Unterfruchtungsfrage.
3. Fragekasten und Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Zum rothen Löwen.

Sonntag den 28. Juli 1901

Gr. Ringreiten

Die Streiks im Jahre 1900.

Im letzten „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ berichtet, wie alljährlich, Genosse Legien über die Streiks. Wir entnehmen dem durch überaus übersichtliche Tabellen gestützten Artikel folgende Angaben, die auch für weitere Kreise von Interesse sind:

Die von den gewerkschaftlichen Zentralverbänden geführte Streikstatistik weist für das Jahr 1900 aus, daß in 45 Berufen 852 Streiks, mit 115 711 Beteiligten, 3284 wöchentliche Dauer und einem Kostenaufwand von 2 936 030 Mk. geführt worden sind.

Mit Ausnahme der Gastwirtschaften und der Gemeindebetriebsarbeiter haben alle Gewerkschaftsverbände nähere Angaben über die Streiks im Verne gemacht. Der erstere Verband theilt mit, daß einige geringfügige Arbeitseinstellungen vorgekommen sind, während der letztere berichtet, daß in drei Orten Streiks zu verzeichnen waren, jedoch konnten für beide Berufe nähere Angaben nicht gemacht werden. Bei den Buchdruckhülfsarbeitern waren an zwei Orten Lohnbewegungen und an einem Orte eine Maßregelung zu verzeichnen, doch kam es zu Arbeitseinstellungen nicht. Von den Eisenbahnern wird berichtet, daß im letzten Jahre die Verwaltung der preussischen Staatsbahn den Beweis geliefert hat, daß sie sich über die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Koalitionsrechts der Arbeiter erhaben fühlt. Von der Eisenbahndirektion in Magdeburg wurden 39 Eisenbahner wegen ihrer Verbandsmitgliedschaft gemahnt. Die Formlecher berichten über zwei Arbeitseinstellungen, für die nähere Angaben nicht gemacht werden können, weil die Streikenden (17) sofort anderweitig in Beschäftigung treten konnten. Bei den Gärtnern waren zwei Arbeitseinstellungen und eine Lohnbewegung zu verzeichnen. In einem Falle traten die Streikenden anderweitig in Arbeit, in dem anderen Falle dauerte die Arbeitseinstellung nur wenige Stunden und endete mit theilweisem Erfolg. Beteiligt waren an den Streiks 19 Personen. Bei den Handlungsgeschäften sind Streiks nicht vorgekommen, während die Kondiktoren zwei Lohnbewegungen geführt haben. Die Lederarbeiter hatten 18 Lohnbewegungen, die infolge der guten Organisation, ohne daß es zu Arbeitseinstellungen kam, erfolgreich beendet wurden.

Für einige der Berufe, in welchen Streiks vorkamen, die in dieser Uebersicht verzeichnet sind, wird berichtet, daß noch eine größere Zahl Lohnbewegungen stattgefunden haben. Die Böttcher berichten über 23, Brauer über 18, Glaser über 6, Handschuhmacher über 14, Holzarbeiter über 58 und Schiffszimmerer über 12 Bewegungen. Bei den Zimmerern sind außer den verzeichneten Streiks noch 75 partielle Streiks (Wand- und Plafondarbeiten) mit 167 Beteiligten und 277 Wochen Dauer vorgekommen.

Unter Hinzurechnung dieser Streiks, für welche Angaben im Einzelnen nicht gemacht sind, würde die Gesamtzahl der Streiks sich auf 934, die der beteiligten Personen auf 116 214 erhöhen. Bemerkenswert sei noch, daß seit dem 1. Januar 1900 die Verbandsvorstände über jeden einzelnen Streik an die Generalkommission berichten und daß infolgedessen die bei der früheren summarischen Berichterstattung unvermeidliche Doppeltzählung der Streiks, an welchen mehrere Organisationen beteiligt waren, vermieden wird.

Unter den 115 711 Streikenden befanden sich 4270 weibliche Personen. Die 852 Streiks dauerten 22 988 Tage, einschließlich der Sonn- und Festtage, so daß auf jeden Streik durchschnittlich 27 Tage entfallen. Von den Streiks waren 375 = 44,1 pCt. erfolgreich, 215 = 25,3 pCt. theilweise erfolgreich und 217 = 25,5 pCt. erfolglos, während für 21 der Ausgang nicht bekannt ist und 19 am 1. Januar 1901 noch nicht beendet waren. Gegenüber dem Vorjahre hat sich das Verhältnis

zu Ungunsten der Arbeiter geändert. Im Jahre 1899 waren 53,7 pCt. der Streiks erfolgreich und nur 21,8 pCt. erfolglos. Da die Organisationsverhältnisse im letzten Jahre nicht ungünstiger geworden sind, so dürfte der geringe Erfolg bereits als eine Wirkung der sich verschlechternden wirtschaftlichen Konjunktur anzusehen sein.

Es ist der Versuch gemacht, auch den Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst der Streikenden festzustellen, jedoch ist dies nur für wenig über die Hälfte (von 115 711 für 62 273) der Streikenden und für 608 von 852 Streiks möglich gewesen. Die Möglichkeit einer solchen Feststellung ist bei der Art der Führung der Statistik gegeben. Die Streikleiter sind verpflichtet, jeden Streikenden in die nach einheitlichem Schema hergestellte Liste einzutragen. Die Zahl der auf jeden Einzelnen entfallenden Streiktage ergibt sich ohne Weiteres aus der Liste. Da weiter auch der Lohn, welchen der Streikende bei Ausbruch des Streiks erhielt, in der Liste verzeichnet werden soll, so kann der Gesamtverlust an Arbeitsverdienst durch ein einfaches Rechenexempel festgestellt werden. Da die Führung der Streikstatistik aber hohe Anforderungen an die Streikleiter stellt, so ist es bei der Mehrheit der Sache erklärlich, daß einzelne Lücken bleiben, die später nach Beendigung eines Streiks nicht mehr ausgefüllt werden können. Da nur für 53 pCt. der Streikenden der Verlust an Arbeitszeit und für eine noch geringere Zahl der Verlust an Arbeitsverdienst festgestellt ist, so lassen sich Schlüsse aus den angegebenen Zahlen nicht ziehen. Es sind in diesem Jahre diese Angaben nur in die Statistik aufgenommen, um die Beteiligten anzuregen, für die Zukunft auch hierüber genaue Aufzeichnungen zu machen. Für die Arbeiter selbst und ihre weitere Stellungnahme bei Differenzen sind die Zahlen über den Verlust an Arbeitsverdienst nicht von großer Bedeutung, oder sie werden wenigstens die Arbeiter nicht hindern, in einen Streit einzutreten, wenn ein solcher erforderlich wird. Unter dem vollen Bewußtsein, daß der Kampf unter Einwirkung der wirtschaftlichen Krisis zu führen ist, treten die Arbeiter in einen Streit ein. Es ist das letzte Mittel, das ihnen zur Verfügung steht, um die ihnen unhaltbar erscheinenden Verhältnisse zu ändern. Es wird in solcher Situation auch bei ruhig Erwägenden die Berechnung, ob die Opfer, welche die Streiks erfordern, dem Erfolge angemessen sind, auf die zu fassenden Beschlüsse keinen Einfluß ausüben vermögen. Die Streiks sind leider nur zu oft nicht nur notwendig, um die augenblicklich gestellten Forderungen zu erreichen, sondern auch die Unternehmer daran zu gewöhnen, die Arbeiter als fühlende und denkende Wesen zu betrachten, die auch ein Wort darüber mitzusprechen haben, wie ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen gestaltet werden sollen.

Es giebt aber Leute, die sich den Kopf darüber zerbrechen, ob für die Arbeiter durch die Streiks materielle Vorteile erzielt werden. Sie rechnen den Arbeitern vor, welche großen Verluste die Streiks ihnen bringen und wie gering dagegen die erzielte Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverlängerung ist. Solchen Leuten gegenüber müssen die Arbeiter bestimmt nachweisen können, daß es leeres Gerede ist, die Streiks brächten schließlich den Arbeitern größere materielle Verluste als Vorteile.

Im Jahre 1900 wurden 444 Streiks geführt, um eine Lohnerhöhung oder Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung durchzusetzen. An diesen Streiks waren 80 331 Personen beteiligt. Im Durchschnitt entfallen bei den Angriffstreiks 22 Mk. Streikunterstützung auf jeden Streikenden. Für diejenigen, für welche der Verlust an Arbeitsverdienst festgestellt ist, entfallen pro Kopf 70 Mk. Angenommen, dieses Verhältnis wäre bei allen an den genannten Streiks Beteiligten das gleiche, so würde für diese an Streikunterstützung und Verlust an Arbeitsverdienst 7 390 452 Mk. zu berechnen sein. Von den an Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit Streikenden hatten 24 737 vollen und 32 611 theilweisen Erfolg. Eine erzielte Lohnerhöhung von durchschnittlich 2,50 Mk. pro Woche würde einen Mehrlohn von

7 155 240 Mk. im Jahre ergeben. Das Anlagefapital, welches die Arbeiter bei den Streiks verwenden, verzinst sich also anscheinend recht gut. Hierzu kommt aber die große Zahl von Fällen, in welchen die Streikandrohung genügte, um die Unternehmer zur Anerkennung der geforderten Forderungen zu bewegen. Den Arbeitern ist es sicher lieber, wenn ein Vergleich zu Stande kommt, ohne daß ein Streik notwendig wird. Sie haben aber solche Vergleiche auch nur so lange zu erwarten, als die Unternehmer wissen, daß zum Streik gegriffen wird, wenn eine Verständigung nicht herbeizuführen ist. Für die Arbeiter bedarf es solcher Nachweise nicht, um aber den Gegnern zeigen zu können, daß der Arbeiter weiß, die Vortheile und Nachteile des Streiks abzuwägen, wäre es wünschenswert, daß genauer über den Verlust an Arbeitsverdienst bei den Streiks berichtet wird, als dies für das Jahr 1900 gechehen ist. Nach den vorliegenden Angaben erscheint es nicht angebracht, irgend welche Berechnungen, die als zuverlässig gelten könnten, anzustellen.

Die größte Zahl der Streiks hatten die Maurer zu führen. In diesem Gewerbe wurden 157 Streiks gezählt. Dann folgen die Holzarbeiter mit 111 und die Metallarbeiter mit 100 Streiks. Die größte Zahl der beteiligten Personen hatten die Holzarbeiter mit 17 435, dann folgen die Bergarbeiter mit 16 620, die Maurer mit 15 264, die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter mit 12 468, die Metallarbeiter mit 10 622 und die Schneider mit 5054 Beteiligten. In allen anderen Gewerben wurden weniger als 5000 Streikende gezählt. Die geringste Zahl mit 9 Streikenden, hatten die Graveure.

Von den 852 Streiks waren 514 oder 60,3 pCt. Angriffstreiks und 338 oder 39,7 pCt. Abwehrstreiks. Nach der Uebersicht über die Streikbewegung in den 11 Jahren von 1890 bis 1900 weisen die Jahre ungünstiger Wirtschaftskontinuität eine größere Zahl Abwehr- als Angriffstreiks auf. Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß das Jahr 1900 ein günstigeres gewesen sei als 1899, weil im letzteren nur 55,5 pCt. aller Streiks Angriffstreiks waren. Es tritt wohl hier dieselbe Erscheinung zu Tage, wie in den Jahren 1890-91, in welchen die wirtschaftliche Depression begann und doch 65 pCt. aller Streiks Angriffstreiks waren. Es fällt also die größte Zahl der Angriffstreiks nicht mit dem Höhepunkt der günstigen Konjunktur zusammen. Im Gegentheil, es wird anzunehmen sein, daß die Unternehmer in dieser Periode sich nachgiebiger erweisen werden und es nicht zu einem Streik kommen lassen, während sie beim Abflauen der Konjunktur sich ablehnender gegenüber den gestellten Forderungen verhalten. Der wirtschaftliche Niedergang zeigt sich vielleicht auch deutlicher in der Streikbewegung an dem Ausgange der Angriffstreiks, als an der Zahl dieser Streiks. Während 1899 56,6 pCt. derselben erfolgreich waren, endeten 1900 nur 46,1 pCt. mit vollem Erfolg. Auch die Jahre 1890-91 wiesen einen geringen Prozentsatz (36,7) erfolgreicher Angriffstreiks aus. Diese aus der Streikstatistik zu ziehende Lehre sollten sich die Arbeiter zu eigen machen und darnach sich bei Beschlüssen über zu beginnende Streiks richten.

An den Angriffstreiks waren 86 786 Personen = 75 Prozent aller Streikenden beteiligt. Die Streiks dauerten insgesamt 14 074 Tage und erforderten 1 946 823 Mk. Ausgabe.

Von den um Verkürzung der Arbeitszeit geführten Streiks waren 68,7 Prozent erfolgreich, von den um Lohnerhöhung geführten 46,6 Prozent. Insgesamt hatten von den 86 786 an den Angriffstreiks Beteiligten 27 356 gleich 31,5 Prozent vollen und 33 088 gleich 38 Prozent theilweisen Erfolg zu verzeichnen.

Abwehrstreiks wurden 338 mit 28 925 Beteiligten, 891-tägiger Dauer und 975 841 Mark Kosten gezählt. Darunter waren nicht weniger als 46 Ausperrungen mit 14 630 Beteiligten. In 15 Fällen wurde von den Arbeitern Austritt aus der Organisation gefordert, und 78 Streiks

Judith Craytenberg.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

(10. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Vater“, begann Judith mit zitternder Stimme, „zürne mir nicht. Es ist ein anderes Glück, als Du mir vorbestimmt hast, aber ich habe es ja nicht ausgewählt, es ist über mich gekommen.“

„Schweig!“ schrie er auf und schleuderte ihre Hand hinweg. Daß sie vor ihn hinzutreten, ihn anzureden wagte — der Zorn darüber raubte ihm fast die Besinnung. Dann erst trat ihm ins Bewußtsein, was sie gesprochen. „Glück?“ stieß er hervor. „Was fälscht Du da?“

„Mein Glück“, erwiderte sie leise, aber entschieden. „Denn ich liebe ihn. Er wird mich zu seinem Weibe machen!“

Der alte Mann schnellte jählings empor. Die Augen wurden starr und drängten fast aus ihren Höhlen, die Lippen zuckten; wie abwehrnd streckte er die zitternden Hände vor. „A-ah!“ Klang es langgedehnt von seinen Lippen, wie ein dumpfer Schrei. Im nächsten Athemzug hatte er ihre beiden Hände gefaßt und zerrte die Webende dem Fenster, dem helleren Licht zu. Seine Augen suchten die übrigen und hielten sie fest — immer höher und höher senkte sich sein Blick in den ihren. Schwer, fast röchelnd ging der Athem über seine Lippen, aber er fand kein Wort in dieser höchsten Noth seiner Seele; nur in seinen starren, entsetzten Augen lag die Frage, auf die er Antwort gab.

Sie hielt seinen Blick aus; das blasse Antlitz färbte sich immer höher, bis der Purpur Stirn und Nacken bedeckte, aber die Wimpern senkten sich nicht. Ihr Blut, das Entsetzen in seinen Zügen, ließ die Reime die Frage dieser Augen fassen und verstehen. Und sie gab die Antwort. „Er athmete tief, tief auf und ließ ihre Hände fahren.“

„Zähle!“ befahl er dann kurz. Sie zögerte. „Hab' ich kein Recht darauf?“ schrie er auf.

„Ja — vielleicht —“ murmelte sie, „ich weiß nicht.“ Vater, rief sie dann stehend, „ich weiß ja selbst kaum, wie es gekommen ist. Ich wollte ja nicht, ich mußte, und ihm mag es ebenso ergangen sein. Aber er meint es ehrlich mit mir.“

„Davon später!“ befahl er. „Erzähle!“

Sie begannen zu berichten, zuerst in wirren, halblauten Worten, wie sie beim Einzug von seinem Blick getroffen worden, welchen Aufruhr der Empfindungen sein Betragen an jenem Ballabend in ihr wachgerufen. Dann aber, als sie von jener Unterredung nach der Vorlesung Wilkewski's berichtete, bezwang sie ihr Bangen; sie erzählte alles, wie sie es wußte, die volle Wahrheit.

Er stand unbeweglich, die Stirn an das Fensterkreuz gedrückt und horchte still. Nur einmal unterbrach er sie. Als sie der folgenden Unterredung im Hause des Kommissars gedachte, fragte er plötzlich: „Und es fiel Dir nicht auf, daß Ihr immer allein wart?“

„Nein. . . Es war ja wohl auch nur. . .“

„Ein Zufall!“ fiel er höhnisch ein und schüttelte die geballte Faust gegen die Decke des Zimmers. „Aber weiter.“

Er ließ sich wieder in den Lehnstuhl sinken; sie saß neben ihm nieder und brachte ihre Erzählung zu Ende. Auch von der heutigen Unterredung verschwiegen sie nichts.

„Vater“, schloß sie stehend, „ich habe nicht vergessen und kann es nie, wie schwer ich Dich und Rafael kränkte. Ganz glücklich kann ich darum nicht werden. Aber Du bist gut und klug, Du wirst einsehen, daß ich nicht anders kann!“

Sie sank zu seinen Füßen nieder und umschloß seine Kniee.

„Vater, zürne mir nicht!“

Er saß lange schweigend und regte sich nicht. Dann tastete er sacht nach ihren Händen und löste sie von seinen Knieen, erhob sich, trat ans Fenster und blickte auf die

Straße hinaus, auf welche sich die frühe Dämmerung des Spätherbstes senkte. Nur einmal flüchelte er vor sich hin: „Und ich Thor habe Deinen frühen Tod so oft beklagt! Wohl Dir!“ Gleich darauf begann er laut: „Deine Mutter —“ aber er brach ab und stand wieder schweigend.

Das wahrte lange; es wurde immer dunkler im Gemache. Da raffte er sich endlich auf, entzündete die Kerzen auf dem Tische und trat an sein Kind heran, das noch immer auf den Knien lag, das Haupt an den Stuhl gelehnt. „Steh' auf!“ befahl er und trat dicht vor sie hin. Sie gehorchte. Sie wollte ihm ins Auge sehen und konnte es nicht, so tief erschütterte es sie, wie jählings gealtert sein Antlitz erschien. Aber seine Stimme bebte nicht mehr.

„Das ist ein schweres Unglück“, sagte er. „Mein Herz ruft seinen Dank zu Gott, daß er uns nicht ganz vernichtet hat, aber was er über uns gesendet, ist furchtbar genug. Ich mache Dir keinen Vorwurf, Du hättest keine Heimlichkeit vor mir haben sollen, aber Du bist so jung und er ein schöner Mensch, ein Graf. Und klagte ich Dich an, so müßte ich mich anklagen; ich hätte erwägen sollen, unter welche Menschen ich Dich sende, wie ihr Verkehr auf Dich wirken muß. Ich hätte kläger sein sollen, so klug, wie mein armer, braver Knabe, dem das Herz bräche, wenn er es je erführe. Er soll es nicht erfahren, niemals!“

Judith machte eine Bewegung, als ob sie sprechen wollte.

„Niemals!“ wiederholte er. „Höre Judith! Ich weiß, daß der Bahn heute Dein Auge verblendet, Dein Ohr taub macht, Du kannst jetzt nicht verstehen, was ich Dir zu sagen habe, die Wand hier könnte es besser als Du. Aber Du sollst schon jetzt wissen: so denkt mein Vater, der mich mehr liebt, als sein eigen Leben, und wird seinen Sinn nicht ändern. Du wirst die Leute da oben und den Grafen nie mehr sehen und sprechen, Du wirst auf Deinem Zimmer

wurden durch Maßregelungen hervorgerufen. Von den Ausperrungen erfolgten 4 wegen Feierns am 1. Mai. An diesen durch die Unternehmer willkürlich hervorgerufenen Arbeitsverhinderungen waren nicht weniger als 21 569 Personen beteiligt, das sind 74,5 Prozent aller an Abwehrstreiks Beteiligten. Von den Abwehrstreiks waren 138 gleich 40,8 Prozent erfolgreich, 54 gleich 16 Prozent theilweise erfolgreich und 120 gleich 35,5 Prozent erfolglos. Auch für das verfloffene Jahr ergiebt sich also, daß die Abwehrstreiks einen geringeren Erfolg als die Angriffsstreiks haben. Den größten Prozentfuß bezüglich des Erfolges weisen die Streiks auf, welche eine Verlängerung der Arbeitszeit abwehren sollten. Von diesen waren 63,6 Prozent erfolgreich, während von den zur Abwehr einer Lohnreduzierung geführten Streiks 46 Prozent, bei den wegen Maßregelung hervorgerufenen 37,2 Prozent und bei den wegen des Raubes des Koalitionsrechtes geführten Streiks nur 20 Prozent erfolgreich waren. Wollen Erfolg hatten bei den Abwehrstreiks 9702 gleich 33,5 Prozent der Beteiligten, theilweisen Erfolg aber nur 4420 gleich 15,3 Prozent der Beteiligten. Bei den wegen Maßregelung geführten Streiks hatten von 6048 Beteiligten nur 1079 gleich 17,8 Prozent vollen Erfolg.

Aus diesen Ziffern geht auf's Neue hervor, daß sehr genau erwogen werden muß, ob bei einer Maßregelung zum Streik gegriffen werden soll. Wenn nicht zu besorgen ist, daß infolge einer Maßregelung, zu deren Abwehr nicht in einem Streik eingetreten wird, eine Verschlechterung der allgemeinen Position der Arbeiter eintritt, dann ist es zweckmäßiger, die Kräfte zu sparen und zu gelegener Zeit dem Unternehmer Achtung vor der Organisation beizubringen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Infolge der Lohnbewegungen der Bäcker in Bahrenuth haben von 78 Meistern bereits 10 die Forderungen der Gehilfen bewilligt; bei den übrigen sind die Gehilfen ausständig.

Träger des „vornehmsten Kocks“ als Streikbrecher. In Colmar streikten die Malergehilfen. Einem Meister, welcher Arbeiter in einer vom Divisions-Kommandeur gemieteten Wohnung auszuführen hatte, wurden durch den Oberst des Infanterie-Regiments Nr. 171 zwei Musikstühle zur Ausführung der Malerarbeiten zugewiesen. Auf eine Beschwerde der Organisation der Maler antwortete der Regimentskommandeur, daß die Fertigstellung der betreffenden Wohnung im dienstlichen Interesse geboten sei und durch den Ausstand der Maler die Arbeiten keine Verzögerung erleiden dürften. — Mag doch der betreffende Meister sich mit seinen Gehilfen einigen, dann werden die im „dienstlichen Interesse“ gebotenen Arbeiten auch rechtzeitig fertig werden. Der Regiments-Kommandeur hat doch nicht die Aufgabe, einem Privatmann, der seine geschäftlichen Verpflichtungen nicht erfüllen kann, durch Zuweisung von Arbeitskräften unter die Arme zu greifen, um so weniger, als es sich hier um einen wirtschaftlichen Interessenkampf handelt, in den einzugreifen sich der Herr Oberst hätte sollten.

Zum Generaistreik der Flaschenmacher. An den Vorständen des Verbandes der Glasindustriellen Deutschlands und an die Flaschenfabrikanten wendet sich der Reichstags-Abgeordnete Georg Horn in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann der Glasarbeiter Deutschlands mit dem Ersuchen, dem drohenden Ausbruch des Generaistreiks durch einen Ausgleich vorzubeugen. Zu diesem Zweck schlägt Horn den Fabrikanten vor, daß sie bis spätestens Freitag, den 26. Juli (am 27. ds. Mts. läuft die Kündigung ab), eine Konferenz einberufen möchten, an der auch die berufenen Vertreter der deutschen Glasarbeiter, Girbig und Horn, theilzunehmen hätten. Nachdem Gen. Horn die Forderungen kurz begründet und auf die große wirtschaftliche Schädigung hingewiesen hat, welche ein Generaistreik nicht nur für die Arbeiter, sondern für die gesamte Industrie im Gefolge hat, sagt er zum Schluß: „Ich muß also bei aller Gegnerschaft des Generaistreiks die Forderungen der Arbeiter als berechtigt anerkennen. Die Arbeiter können nicht auf ihr Koalitionsrecht verzichten und ich kann ihnen deshalb nicht sagen, daß sie es preisgeben sollen, nur um den Streik zu vermeiden, weil die Fabrikanten doch nicht nachgeben würden. Die Arbeiter wollen den Frie-

den durch gegenseitige paritätische Behandlung aller gewerblichen Lohn- und Arbeitsfragen im Arbeitsverhältnis waren; wenn aber von seiten der vereinigten Fabriken durch den hannoverschen Beschluß vom 18. d. M. jedes Eingehen auf Verhandlungen über die Forderungen der Arbeiter verweigert wird und auch der Versuch zu einem meinerseits ehrlich gemeinten Frieden scheitern sollte, so wird durch die Abweisung dieses Versuches — gleichviel ob direkt oder stillschweigend — offen bekundet, daß man Ihrerseits den Frieden mit den Arbeitern nicht will, und daß die ernsteste Absicht besteht, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu unterbrechen, gleichviel ob die Arbeiter in den Generaistreik eintreten oder nicht.“ — Welche Folgen auch der Generaistreik für die Arbeiter und die davon betroffenen Fabriken nach sich ziehen möge, die alleinige Verantwortung dafür muß und kann nur auf die letzteren allein fallen!

Der Parteitag der Sozialdemokratie Dänemarks. Die Verhandlungen wurden am Freitag mit einer ausführlichen Diskussion über die Taktik der Partei fortgesetzt. P. Knudsen hielt das einleitende Referat hierzu. Ein hierzu gestellter Antrag, der es den einzelnen Provinz-Abteilungen überlassen will, die Wahltaktik zu bestimmen, wurde abgelehnt. Die Taktik wird demnach wie bisher von dem Hauptvorstand, der direkt von allen Parteimitgliedern gewählt wird und in dem sämtliche Abteilungen der Partei vertreten sind, bestimmt. Des weiteren wurde über die Wahlrechts-Frage verhandelt und die Abschaffung des Privilegien-Wahlrechts und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für alle Wahlen in Staat und Gemeinden gefordert. Zur Ausarbeitung eines Manifestes in Anerkennung an die gegenwärtige politische Situation wurde ein Ausschuß von sieben Personen gewählt. Zur Schlußfrage wurde folgende Resolution gefaßt: „Der Kongress fordert die sozialdemokratische Reichstagsgruppe auf, dem Folkething einen Entwurf vorzulegen, zur Einführung des freien und gemeinsamen Unterrichts an allen Wochentagen an sämtlichen Volksschulen.“ Nielsen-Densse leitete hierauf eine Diskussion über die Revision des Dienstgesetzes ein, die mit einem Beschlusse endete, in dem eine moderne Gefindeordnung gefordert wird. Am Sonnabend wurde zunächst eingehend über die Zollfrage diskutiert, die schließlich einem Ausschuß überwiesen wurde. Dann wurde ein Manifest, das von dem am Freitag gewählten Ausschuß ausgearbeitet worden war, von P. Knudsen vorgelegt und nach kurzer Diskussion einstimmig und unter begeisterten Zurufen angenommen. Darnach wurde noch über verschiedene Organisations- und Agitationsfragen verhandelt.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Beim Schützenfest zu Herford wurde das fünfjährige Kind des Scheibenschießers, welches sich hinter dem Kugelfang befand, durch eine Kugel getroffen und getödtet. Von den Schützen ist keinem ein Schuld an dem Unglücksfall beizumessen. — Durch Selbstentzündung gerieth am Montag Abend ein großes Britenlager auf einem Braunkohlenwerk in der Nähe des Staatsbahnhofes Köln-Vilbar in Brand. Alle Löscharbeiten waren vergeblich. Es brannten etwa 350 Waggons Britens. — Auf der Gewerkschaft Deutscher Kaiser in Hamborn bei Köln brannte Montag Abend die 600 Arbeiter beschäftigende Fabrik feuerfester Steine nieder. Der Schaden ist bedeutend. — Vor der Strafkammer in Köln jagt ein Sittlichkeits-Prozess den andern. Der Fabrikarbeiter Karl Wiegner aus Mülheim a. Rh., ein geborener Schweizer, hatte sich in Abwesenheit seiner Hausnachbarn an deren fast ganz gelähmten, halb blödsinnigen Töchterchen vergreifen; er erhielt Montag fünf Monate Gefängnis. Der aus Uachen gebürtige Kellner Hubert Mehnmann hatte sich zur Nachtzeit an einem jungen Kellner in unzüchtiger Weise vergangen; er wurde mit vier Monaten Gefängnis bestraft. — Der Tagelöhner Jakob Hedmann von Eiterbach, der wegen Ermordung seiner Schwägerin zum Tode verurtheilt wurde, ist Montag Morgen in M a n h e i m hingerichtet worden. — Oberhalb Bengens im Berner Oberland stürzte Montag ein junger deutscher Schuhmacher beim Edelweißpflücken ab und wurde schrecklich zerstückelt. Seine Leiche wurde nach Lauterbrunnen geschafft. — Ein Familien-drama spielte sich Montag früh im Ehepaarhaus West London ab. Der dort wohnende Oesterreicher Franz Klatowsky erschloß mit seinem Revolver

seine Frau und zwei Kinder, einen siebenjährigen Knaben und ein sechsjähriges Mädchen, und dann sich selbst. Die herbeigeholte Polizei fand vier Leichen mit Schüssen in der Kopf vor. Klatowsky hatte in der Hand noch den Revolver. Die Motive zu dieser grauenhaften That sind unbekannt. Klatowsky war seines Zeichens ein Kunstschlichter. Er lebte anscheinend in guten Verhältnissen und in glücklicher Ehe. Er wie seine Gattin (eine Französin) waren etwa 38 Jahre alt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der 18jährige Schmiedelehrling Mis Christensen in Silberup bei Londen wurde Montag von der Strafkammer in H e n s b u r g wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt, unter Anrechnung von einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft.

Der tolle Baron. Die Straßburger „Bürgerzeitung“ veröffentlicht neue interessante Thatfachen zur Charakteristik des Barons von Stietencron in Oberweiler, der bekanntlich den italienischen Arbeiter Fossi erschossen hat. Hiernach habe von Stietencron im Ganzen 50 Personen bedroht und sei dadurch der Schrecken der Bevölkerung gewesen. Als er sich eines Tages bei einem Oberst darüber beschwert habe, daß ihm durch Einquartierung von Soldaten des betreffenden Regiments ein Vermögensschaden erwachsen sei, habe der Oberst an den Bürgermeister von Oberweiler geschrieben, er solle einen Handwerker als Sachverständigen auf das Schloß schicken, um den Schaden festzustellen. Der Bürgermeister habe sich dieses Auftrages nicht entledigen können, weil sich aus Furcht vor der Stietencron'schen Finte kein Handwerker gefunden habe, der den Gang in das Schloß gewagt hätte. Schließlich sei dem Bürgermeister nichts übrig geblieben, als sich in Begleitung des Dorfschullehrers persönlich in das Schloß zu begeben, um den Schaden abzuschätzen. Stietencron habe grundsätzlich allen Anwohnern das Passiren durch sein Gut verboten. Die Bewohner der umliegenden Gemeinden seien in Folge dieses Verbots genöthigt gewesen, Umwege von 2 Kilometern zu machen. Das Stietencron'sche Gut sei völlig vernachlässigt. Korn vom vorigen Jahre liege noch zum Theile ungedroschen u. Stietencron habe vor einiger Zeit zwei arme Teufel wegen Diebstahls angeklagt, weil sie Kornfrüchte, die noch im Monate Dezember auf seinen Feldern unter dem Schnee lagen, entwendet hatten. Das Gericht habe jedoch die Angeklagten freigesprochen. Baron Stietencron, der als Rittmeister z. D. der Militärgerichtsbarkeit untersteht, befindet sich noch immer auf freiem Fuß.

Wie Dr. Schönlauf Journalist wurde. Max Kegel erzählt in seinen Erinnerungen „Die Vorläufer der „Münchener Post“: Im Frühjahr 1883 gewannen wir einen ausgezeichneten Mitarbeiter an Dr. Bruno Schönlauf. Die Art, wie er in die Arbeiterbewegung und in den Dienst unserer Presse eintrat, verdient erzählt zu werden. Es war an einem Vormittag; wir hatten in der Redaktion sehr viel zu thun und gegen störende Besuche schickte uns nothdürftig ein Plakat, das an der Außenthür befestigt war und drohend verkündigte: „Vormittags keine Sprechstunde! Die Treppe ist steil!“ (Wer heute am Rosenthal 13 vorübergeht, kann sich noch überzeugen, daß die Treppe zum ersten Stock wirklich steil ist.) Da trat, diese Warnung muthig in den Wind schlagend, ein eleganter junger Mann ein, dessen Gesicht von zahlreichen Duellwunden förmlich zerhauen war. Er sagte: „Ich bin Dr. Bruno Schönlauf. Ich bekenne mich zu den Prinzipien Ihrer Partei und habe den Wunsch, mich ihr nützlich zu machen.“ „Schön“, sagte Biereck ebenso kurz und bündig, „dann lesen Sie diese Korrekturen.“ Damit übergab er dem Besucher eine Anzahl Korrekturfahnen, die soeben aus der Druckerei herübergebracht worden waren. Schönlauf nahm sie, ohne eine Miene zu verziehen, machte sich eine Ecke des Redaktionsstisches frei, nahm Platz und forrgirte. Dann verlangte er weitere Arbeit; am andern Morgen sah er pünktlich früh um 8 Uhr wieder da und so blieb er sitzen, und wir lernten seine außerordentliche journalistische Begabung und sein gründliches Wissen bald hochschätzen. Dabei fragte er nicht nach Honorar, und Biereck, der den Naktiven des feudalen Studentenkorps für wohlhabend hielt, bot ihm zunächst nichts an. Erst später erfuhren wir, daß Schönlauf in dieser Zeit bitter Noth gelitten hat.

stehen und es ohne meinen Befehl nicht verlassen. Das beste wär's, ich ließe die Pferde wieder anspannen und brächte Dich sofort in das Haus, woher ich komme, zu meiner Schwester Necha in Tarnopol. Sie ist eine kluge, milde Frau, Deine Tante Necha, sie weiß mit Kranken umzugehen. Aber das ist leider erst in spätestens einer Woche möglich — das Gerede wüchje sonst noch mehr.“

„Vater!“ rief sie, „zertritt mich nicht!“

„Das wollen andere, und waren auf dem besten Wege dazu — ich, Dein Vater, will Dich retten. Ich der Graf ein schurkischer Verführer ist, der kaltblütig gehandelt und sich den Schurken da oben zum Helfer gemietet hat, ob er nur ein schwacher Mensch ist, der sich im Rauch seines Blutes den Weiland des Glenden hat gefallen lassen — ich weiß es nicht, es ist auch gleichgültig, in beiden Fällen wäre Dein Loos gleich juchbar gewesen.“

„Beichimpf ihn nicht!“ schrie sie auf, „er ist gut und ehrlich!“ Frag' ihn, wenn Du zweifelst, oder hör' ihn an, wenn er um mich werben kommt.“

„Das könnt' ich ruhig versprechen,“ erwiderte er bitter, „denn er wird nicht kommen. Und fragen werd' ich ihn nicht, weil ich die Antwort kenne und mich nicht verhöhen lassen will: der Alte hat aus Verzweiflung den Verstand verloren und den Grafen wirklich und wahrhaftig angelehrt, die Verführte zu seinem Weibe zu machen.“ Und nun —

„Aber wenn er kommt?“

„Dann würde ich nein sagen: Nein und nein, so lange ein Athem in mir ist, Dich vor Unglück zu schützen. Denn Feuer und Wasser mischt sich nicht friedlich, und ein Weib, welches seinem Manne zum Fluche wird, ist das unheiligste Geschöpf der Welt. Wäre der Graf Agenor Baranowski wirklich wahnsinnig genug, meine Tochter zu heirathen, er wäre moralisch todt. Drei Monate Rauch, und dann ein Leben voller Jammer — Du verdienst ein besseres Geschick. Und nun kein Wort mehr,“ fuhr er gebietend fort, als

sie wieder sprechen wollte. „Meinen Willen mußt Du schon heute erfahren — verstehen kannst Du mich heute nicht!“

Sie trat einen Schritt vor und hob stehend die Hände. Er schüttelte stumm das Haupt. Da ließ sie die Arme sinken, ein Zittern überzog ihren Leib. Oestentk Hauptes wankte sie hinaus. Er sah ihr traurig nach; auch nachdem sich die Thür längst hinter ihr geschlossen, behielt sein Blick dieselbe Richtung.

So traf ihn die alte Dienerin; sie brachte die Briefe, die in seiner Abwesenheit eingelaufen und fragte, ob er das Nachsehen wüschte. Er lehnte es ab, setzte sich hin und verjuchte die Briefe zu lesen. Es gelang ihm nicht, nur ein Schreiben fesselte ihn. Der ehemalige Schüler Bergheimers, Herr Verthold Wertheimer in Breslan, theilte in wohlgelegten Worten mit, daß er, auf einer Geschäftsreise durch Galizien begriffen, nächstens seine persönliche Aufwartung machen werde. „Das ist nun auch vorbei,“ murmelte der alte Mann schmerzvoll. „Ich werde mich glücklich schätzen, wenn das arme Kind in einem, in zwei Jahren genesen sein wird.“

Während er so gramvoll brütete, überhörte er ein Klopfen an der Thür und blickte erst auf, als der Besucher vor ihm stand. Es war Herr von Wroblewski. Mit wehmüthvoller Miene streckte er dem Juden die Hand entgegen. „Rani Nathaniel,“ sagte er weich, „ich weiß Sie in Sorgen und Schmerzen, da darf der treue Freund nicht fehlen!“

Im Antlitz des alten Mannes zuckte es, er bezwang sich. Die dargebotene Hand nahm er nicht, aber die Stimme klang ruhig als er fragte: „Und was hat mir der treue Freund zu sagen?“

„Mein Gott, wie Sie mich dabei ansehen! Als ob ich daran schuldig wäre. Da thäten Sie mir Unrecht, auf Ehre! In meinem Hause ist zwischen den beiden jungen Leuten nie ein verhängliches Wort gefallen, und ich war starr vor

„Schön!“ sagte der Jude, noch immer kalt und gemessen. „Aber Sie verlangen nicht, daß ich es Ihnen glaube?! ... Wozu die Komödie? Was führt Sie zu mir?“

„Rani Nathaniel, Sie kränken mich! Es war wirklich nur die alte Freundschaft, auf Ehre. Und dann bin ich ja gewissermaßen an der Sache theilhaftig. Sie mögen mich behandeln, wie Sie wollen, ich werde doch meine Pflicht thun. Als Chrenmann, als Ihr Freund. Ich werde morgen oder, wenn Sie es wünschen, noch heute zu dem Grafen gehen und ihm sagen: „Sie haben das junge Mädchen in meinem Hause kennen gelernt; ich habe daher das Recht Sie daran zu erinnern, daß Sie im Begriff sind, ein Verbrechen an einer ehrenhaften Familie zu begehen. Und ich beschwöre Sie, jeden weiteren Versuch zu unterlassen.“ Ja, das will und werde ich thun!“

„Gut. Thun Sie, was Sie nicht lassen können!“

„Aber mein Gott, sind Sie etwa nicht einverstanden? Es ist der einzige Weg, auf den Grafen zu wirken. Und einen besseren Vermittler können Sie ja nicht finden.“

„Gewiß — wenigstens keinen ehrlicheren. Aber ich brauche überhaupt keinen Vermittler in dieser Sache. Ich habe meiner Tochter verboten, je wieder mit dem Grafen oder Ihnen und Ihren Damen auch nur eine Silbe zu sprechen. Und weil sie ein gutes Kind ist, ein jüdisch Kind und im Gehorsam gegen den Vater erzogen, so wird sie gehorchen, es mag ihr nun leicht oder schwer fallen.“

Herr von Wroblewski lächelte. „Aber heißt das nicht das Kind mit dem Bade ausschütten? Vielleicht giebt mir der Graf die Antwort: „Ich meine es ernst; und will das Mädchen heirathen!“ Möglich ist ja.“

„Auch dies würde nichts an der Sache ändern. Ich würde nein sagen und Jüdisch weiß es, nicht aus Abneigung gegen den Christen, sondern weil eine solche Ehe das sichere Unglück für beide wäre.“ Er erhob sich.

(Fortsetzung folgt.)